

# Evangelische Verantwortung

## Die Herausforderung der Freiheit – Katholische Kirche und Erneuerung Europas

Hans Langendörfer

Von der Bischofssynode, die kurz vor Weihnachten in Rom stattfand, hat man in Deutschland vor allem hören können, daß es ökumenischen Spannungen gekommen sei. Diese hat es gewiß gegeben und sie müssen ernstgenommen werden. Doch hat die Synode weitaus mehr geboten als zwischenkirchliche Dissonanzen.



**Bischöfe aus allen Ländern Europas berieten über den künftigen Kurs der katholischen Kirche** Foto: Kna-bild

Das Treffen der 150 Synodenteilnehmer – die meisten waren Bischöfe aus allen Ländern Europas – gehört zum Bemühen der katholischen Kirche, ihren Standort und ihre Vorgehensweise in der Erneuerung Europas besser zu bestimmen. Gefragt ist **die Neuvermessung der geistigen Landkarte, die Festlegung der pastoralen Ziele und Prioritäten und eine neue Vernetzung der katholischen Kirche Osteuropas und Westeuropas.** Dabei fängt die Kirche

nicht am Nullpunkt an: Es gibt einen beachtlichen Erfahrungsschatz, den es zu nutzen und miteinander zu teilen gibt. Deshalb lautete der methodische Schlüsselbegriff der römischen Synode: „communicatio donorum“ - Austausch der Gaben.

Erfahrung auf europäischer Ebene hat während der letzten 20 Jahre **der europaweite Zusammenschluß der nationalen Bischofskonferenzen** sammeln können. Dieser „**Rat der europäischen Bischofskonferenzen**“ (CCEE) wurde nach dem Konzil ins Leben gerufen. Zu seinen Aktivitäten gehören **große Symposien**, die alle 3 – 4 Jahre stattfinden und regelmäßig einen ausgewählten Aspekt der Evangelisierung in Europa diskutieren. Diese Konferenzen wurden schon früher nicht nur von westlichen Bischöfen besucht, auch wenn diese oft den Gang der Diskussion bestimmten. Als Dreh- und Angelpunkt dient stets die Frage nach der Verbindung zwischen der europäischen Moderne und dem christlichen Glauben: die Inkulturation von Glauben und Kirche verlangt das offene, aber kritische Eingehen auf die Moderne und damit auf die Säkularisierung.

Exemplarisch wurden die Chancen solcher Inkulturation z.B. beim jüngsten Symposium (1989) zum Thema „Umgang des heutigen Menschen mit Geburt und Tod: Herausforderung für die Evangelisierung“ untersucht. Die Arbeitsergebnisse des Rates der europäischen Bischofskonferenzen sind eine gute Vorbereitung für die Beantwortung der aktuellen Fragen, die das neue Europa auch an die katholische Kirche stellt.

CCEE, dessen Präsident gegenwärtig der Mailänder Kardinal Carlo Maria Martini ist, verfügt noch aus einem weiteren Grund über ausgeprägte Europa-

erfahrungen. **Er ist der ökumenische Partner des europäischen Rates der Kirchen, der sog. „Konferenz Europäische Kirchen“ (KEK).** Diese Partnerschaft zeigt sich besonders deutlich in der gemeinsamen Trägerschaft der Basler Ökumenischen Versammlung „Friede in Gerechtigkeit“ (1989). Genauso hat sie zu bisher fünf großen „Europäischen Ökumenischen Begegnungen“ geführt, deren jüngste kurz vor der römischen Synode in Santiago de Compostela stattfand und ebenfalls die Evangelisierung in Europa zum Thema hatte.

Dabei zeigte sich, daß „**Evangelisierung“ oder „Neu-Evangelisierung“ nicht Begriffe sein müssen, die Anlaß zu Ängsten geben.** Es ist nichts anderes gemeint als eine neuerliche und innerlich erneuerte Verkündigung des Evangeliums. In den Worten der römisch-katholischen Synode: Es ist „eine dringende Aufgabe für die Kirche, die befreiende Botschaft des Evangeliums erneut den Menschen Europas zu bringen.“ Problematisch sind allerdings zwei Details dieser Evangelisierung.

### „Gegenseitig die Hand reichen“

Das erste Detail ist **die Form der Evangelisierung, die der gemeinsamen Sendung aller Kirchen entsprechen muß.** Zwischen der römisch-katholischen Kirche und den orthodoxen Kirchen gibt es unbestreitbar Spannungen und Ängste. Die russisch-orthodoxe Kirche etwa beklagt das Wiedererstarken der unierten, also mit der katholischen Kirche und ihrem Oberhaupt verbundenen Kirchen. Ebenfalls empfindet sie das Vorgehen der Katholiken in Rußland als Aufbau von „Parallelstrukturen“, der praktisch darauf hinauslaufe, Rußland zum „Missionsgebiet“ zu erklären.

Es mag sein, daß auf beiden Seiten voreilige Schritte solche Ängste ausgelöst und geschürt haben. Zugleich wird man der Feststellung des neuen katholischen Bischofs von Moskau nicht widersprechen können: „Wir können keinem Menschen verbieten, katholisch zu werden, wenn er dies wünscht.“ Wichtig ist aber, daß derselbe Bischof klar dem Proselytismus entgegentrat. Und daß auch die katholischen Teilnehmer der Ökumenischen Begegnung von Santiago mitformulierten: „Es wird... nötig sein, daß wir uns gegenseitig die Hand reichen, weil sich die Erfordernisse der Evangelisierung in ganz Europa als außerordentlich

umfangreich erwiesen haben. Wir glauben, daß es für unsere Zusammenarbeit eine Goldene Regel geben müßte: Sich niemals an die Stelle der Ortskirchen setzen; ihnen helfen, wenn sie es wünschen; nichts ohne oder gar gegen sie tun. Ohne ökumenischen Frieden werden in Europa weder eine Evangelisierung noch ein gemeinsames Glaubenszeugnis möglich sein.“

### „Umsetzungsdefizite“

Ein zweiter **Problemaspekt der Evangelisierung** Europas betrifft deren „**Subjekt**“. Ihn brachten einige „Delegati Fraternali“ aus den Kirchen der Reformation bei der römischen Bischofssynode zur Sprache. Diese „Brüderlichen Delegierten“ waren vom Papst – dies ist ein bemerkenswerter Schritt – mit vollem Rederecht als ordentliche Teilnehmer der Synode eingeladen worden. Sie machten geltend, daß die Evangelisierung Aufgabe des ganzen Volkes Gottes sei und deshalb nicht zu stark auf die Schulter von Papst und Bischöfen gelegt werden sollte. Dem wird die katholische Seite nicht widersprechen, zumal in der Erklärung der Synode der Einsatz der Laien für die Evangelisierung deutlich hervorgehoben wird. Dennoch bleiben Akzentuierungsunterschiede, die wohl auch einen theologischen Hintergrund haben. Vor allem bleibt ein „Umsetzungsdefizit“: besonders in Osteuropa scheint die katholische Kirche noch sehr klerusgeprägt zu sein.

Damit ist schon das vielleicht wichtigste Thema angesprochen: Wenn die Christen und Katholiken im Einigungsprozeß Europas durch die Verkündigung des Glaubens eine unterstützende Rolle spielen sollen, dann setzt dies **die eigene Umkehr und Erneuerung der Kirche selbst** voraus. Es klang schon an, daß diese Umkehr, die der Kirche abverlangt ist, durch die geistige und kulturelle Signatur der europäischen Gegenwart mitgeprägt wird. Es geht um den christlichen Glauben unter den Bedingungen der modernen Freiheit. Folgerichtig hatte Papst Johannes Paul II. die Bischöfe zur Synode berufen mit dem Leitwort „Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat.“

In der katholischen Kirche reift die Erkenntnis heran, daß in der Perspektive der Sendung Christi gegenwärtig zweierlei besonders gefordert ist. Zum einen ist das **Bekenntnis zur menschlichen Freiheit** und ihrer politisch-öf-

fentlichen Regelung **zu vertiefen.** Das ist nur möglich, wenn noch bestehende Ängste von der Freiheit überwunden werden können. Zum anderen ist es nötig, ein **isolationistisches Freiheitsverständnis konstruktiv zu kritisieren:** Freiheit und Gemeinschaft („Communio“) sind notwendig miteinander verbunden. Ohne den Gemeinschaftsbezug verkümmert die Freiheit und umgekehrt. Diese Auffassung prägt das römische Synodendokument. Sie wird weiterhin dem römisch-katholischen Engagement in Europa den Weg weisen.

### Verbindung von Freiheit und Gemeinschaft

Zugleich enthält die Verbindung von Freiheit und Gemeinschaft den **Schlüssel zum europapolitischen Vorgehen der Kirche.** Gewiß trifft die Bereitschaft der katholischen Kirche zur Begleitung der politischen Entwicklung in jedem Land Europas auf andere Umstände. In Osteuropa muß zumeist die historisch verständliche Abneigung gegen Staat und Politik noch tiefgreifend überwunden werden.

*Die Tragödie des modernen Menschen besteht nicht darin, daß er im Grunde immer weniger über den Sinn des eigenen Lebens weiß, sondern daß ihn das immer weniger stört.*

· Václav Havel

Immer aber wird **die Idee der Solidarität und das Ziel einer gerechten Freiheitsverfassung inhaltlich den Ton geben.**

Zur Politikbegleitung bietet im übrigen **die katholische Soziallehre** eine Reihe guter Ansätze. Ein Beispiel ist das Subsidiaritätsprinzip, das im Rahmen der Gespräche über die Politische Union als Gliederungsgesetz der Europäischen Gemeinschaft ins Gespräch gebracht wurde. An dieser Diskussion hat die katholische Kirche Europas auch durch das gemeinsame Brüsseler Büro der Bischofskonferenzen der EG-Länder (ComECE) teilgenommen.

Allerdings ist **die vielgestaltige Erneuerung der Kirche** an eine zentrale Voraussetzung gebunden: daß sich die Katholiken /genauso wie alle Christen) **selbst tiefer an Christus binden** und dies in Gebet, Meditation der Schrift

und Sakramenten aktiv vollziehen. Deshalb hat die geistliche Vitalität der Gemeinden – auch der volksgemeinschaftlichen Gemeinden – gerade heute eine hohe Bedeutung.

### Nächste Schritte

Ein letztes Stichwort sind die **nächsten Schritte der katholische Kirche** auf europäischer Ebene. Es ist klar, daß die Kirche in Mittel- und Osteuropa neu aufgebaut werden muß. Damit kann nicht die bloße Restauration früherer Verhältnisse und Arbeiten gemeint sein. Schulungsprogramme für Laien, die zum besonderen Einsatz in der Kirche bereit sind, Priesterausbildung und Erziehungsarbeit (bis hin zur Neugründung von Schulen) haben eine hohe Priorität. Der theologische Dialog ist nötig, stößt aber auf manche Vorbehalte, weil die westliche Theologie in einem Osteuropa, das bisher kaum Gelegenheit zur Aneignung des II. Vatikanischen Konzils hatte, oft als lebensfern und beängstigend liberal erscheint.

Sodann steht besonders in Westeuropa die weitere konstruktiv-kritische Begegnung mit dem modernen Freiheitsverständnis an – ohne daß die Bischofskonferenzen eine Prioritätenliste miteinander verabredet hätten. Die beiden europäischen Institutionen der katholischen Kirche der gesamteuropäische „Rat der Bischofskonferenzen Europas“ und die EG-Europäische „Kommission der Episkopate der EG“ müssen ihr Arbeitsprogramm besser miteinander verbinden. Doch gilt für sie wie auch an die Adresse Roms gerichtet: die Kirche wird nur dann lebendig sein, wenn sich die verschiedenen Ebenen **ergänzen und miteinander im Einklang stehen**. Daß Europa in breiten Kreisen als Herausforderung auch an die Christen besser verstanden wird, dazu soll der diesjährige Katholikentag in Karlsruhe (17.-21.06.92) beitragen. Er heißt: „Eine neue Stadt entsteht“ – die neue Stadt, die Europa ist.

**Ann.:** Dr. Hans Langendörfer ist Leiter des Foyer der Jesuiten in Bonn.

1) Als Sammlung der Beratungsergebnisse, die im CCEE erzielt wurden, steht nun zur Verfügung: „Die europäischen Bischöfe und die Neu-Evangelisierung Europas“, Bonn 1991 (= Band 32 der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hg. Reihe „Stimmen der Weltkirche“)

## Dürfen wir diese Lasten auferlegen?

**Aufsehen erregte auf der Europa-Sondersynode ein Redebeitrag des Schweizer Weihbischofs Norbert Werbs. Die Evangelisierung verlange von der Kirche eine ständige Selbstprüfung, meinte Werbs, und nannte dafür die folgenden sechs Problembereiche:**

Ich möchte auf einige Lasten aufmerksam machen, bei denen wir uns ernsthaft fragen müssen, ob sie so auferlegt werden dürfen, wie es gegenwärtig geschieht:

1. Die Völker Europas denken und empfinden zunehmend demokratisch. Unsere Kirche ist aber hierarchisch strukturiert. Wir sind davon überzeugt, daß dies unverzichtbar ist. Dennoch sollten wir uns aber der Frage stellen, wie die hierarchische Verfaßtheit der Kirche eine echte Mitsprache und Mitentscheidung aller Kirchenglieder ermöglicht. Die vom zweiten Vatikanischen Konzil eröffnete Mitberatung empfinden viele aktive Katholiken als ungenügend. Haben sie damit unrecht? Was ließe sich bessern?

2. Das Zweite Vaticanum hat in Betonung des Priestertums aller Gläubigen die Verantwortung aller für das kirchliche Leben hervorgehoben. Bei der Erwählung eines neuen Bischofs aber empfinden immer mehr Katholiken, daß sie keinen Einfluß auf diesen wichtigen Vorgang nehmen können, obwohl es zur Zeit des heiligen Ambrosius anders war. Sie verstehen wohl, daß der neue Bischof in Einheit mit dem Papst stehen muß. Aber sie verstehen manche Bischofsnennungen in den letzten Jahren nicht. Muß das so sein? Was ließe sich bessern?

3. Das Zweite Vaticanum betont zu Recht, daß die Abtreibung ein verabscheuungswürdiges Verbrechen ist. Es sagt aber auch, daß die Eltern in Verantwortung vor Gott und der Kirche Zahl und Zeitpunkt der Geburten entscheiden dürfen. Müßte deshalb die Unterscheidung von verwerflicher Abtreibung und vertretbarer Empfängnisverhütung in den Äußerungen des Lehramtes nicht doch viel klarer erfolgen, als es bisher geschieht? Und sollte man den Eltern nicht doch die Last der Unterscheidung von natürlichen und

künstlichen Formen der Empfängnisverhütung von den Schultern nehmen? Ist diese Unterscheidung vom Evangelium gefordert? Ist sie nicht eher die Folge einer bestimmten philosophischen Betrachtung?

4. Es ist keine Frage, daß die Kirche für die Unauflöslichkeit der Ehe einzutreten hat. Sie weiß sich dabei dem Wort des Herrn verpflichtet. Es ist aber die Frage, ob Christus mit den wiederverheirateten Geschiedenen so umgehen würde, wie es gegenwärtig in unserer Kirche vorgesehen ist. Viele sehen darin eher eine große Unbarmherzigkeit als ein Zeichen der Treue zu Christus. Muß diese Last tatsächlich so erhalten bleiben?

5. Wir erleben heute einen gewaltigen Schub der Frauenemanzipation. Er erfaßt auch die Frauen in der Kirche. Sie nehmen zunehmend mit Unverständnis wahr, daß die Leitung der Kirche auf allen Ebenen in den Händen von Männern liegt. Stellen wir uns tatsächlich genügend ernst die Frage, ob dieses Ärgernis in Treue zu Christus erhalten bleiben muß?

6. Als Verkünder der Frohen Botschaft sollen wir Zeugen der Freiheit sein, zu der Christus uns befreit. Unsere Kirche wird aber von vielen als eine Kirche der Vorschriften, der Bevormundung und Gängelerei empfunden. Ist das eine durch und durch falsche Sicht? Was können wir daran ändern?

Ich weiß, daß ich mehr Fragen gestellt habe, als wir Antworten parat haben. Aber wir sollten für die Anfragen unserer Brüder und Schwestern und unserer Mitmenschen sensibel sein. Als Boten der Frohen Botschaft müssen wir ständig prüfen, welche Lasten wir im Namen Christi auferlegen müssen und welche wir von den Schultern der Menschen nehmen dürfen.

Quelle: Publik-forum

# „Protestanten, Bürokraten und Europa“

Hans-Joachim Kiderlen

**Die Frage, ob Protestanten oder Katholiken die größere Affinität zur Bürokratie haben, hat Max Weber, soweit ich weiß, versäumt zu untersuchen. Vorliebe fürs Kapitalistische war es aber jedenfalls nicht unbedingt, was die EKD bewogen hat, als erste der beiden großen deutschen Kirchen in Brüssel eine Vertretung gegenüber den Europäischen Gemeinschaften aufzumachen. War es also doch die gewisse Neigung der Protestanten zu neuen Obrigkeiten: – zuerst die Landesherren statt des katholischen Kaisers, und jetzt die EG statt des angestammten Staates? Man könnte darüber nachdenken.**

Ein Kotau vor EG-Europa wollte die EKD mit dem 1989 gefaßten Beschluß zur Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel sicher nicht gleich verbinden. Man hatte sich ja diesbezüglich bisher durchaus in Kritik geübt: Die EG konnte und, so schien es manchmal, wollte auch nicht das ganze Europa als ihre Aufgabe annehmen. Das aber war immer ein Anliegen der EKD und der gesamteuropäischen Konferenz Europäischer (protestantischer, anglikanischer und orthodoxer) Kirchen (KEK) in Genf. Die E-W-G erschien, und erscheint, vielen kirchlichen Gruppen zu sehr auf Markt und Wirtschaft fixiert, wobei der Mensch zu kurz kommen kann.

## Annäherung an Europa

Mehr der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, ging die EKD nach Brüssel, und das ja auch keineswegs mit Sack und Pack, – damit ginge sie schon lieber nach Berlin –; sie stellte dort nur so zu sagen einen Koffer ab, für alle Fälle. Es war eben zunächst nicht so sehr grundsätzliche kirchliche Einsicht in die umfassende Bedeutung der EG als vielmehr der Rat der Juristen der EKD und der Landeskirchen, der diese Annäherung empfahl.

Immer mehr Rechtsakte der Gemeinschaft kamen auch bei ihnen auf den Tisch, zu denen man manchmal gern im Stadium ihres Werdens schon etwas gesagt hätte. Themen für das gewohnte Gespräch mit der Bundesregierung waren häufig schon in Brüssel diskutiert und vorentschieden worden, wenn die Kirche in Bonn darauf kommen wollte. Und beide großen Kirchen in Deutschland sind vor allem wegen ihrer umfangreichen Tätigkeit im sozialen und im gesellschaftlichen Bereich an vergleichsweise vielen Rechtsakten unmittelbar interessiert.

Zu den „großen Themen“, – sollte es denn welche geben in Brüssel –, des etwas feierlich so genannten Dialogs über gesellschaftspolitische Grund- und Wertfragen mit der EG hatte die EKD sich im übrigen schon seit Jahren einen Zugang verschafft als Gründungsmitglied der Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft (EÖKKG). Mitglieder darin sind vornehmlich protestantische und anglikanische Kirchen und Kirchenbünde aus EG-Ländern und aus der Schweiz und Österreich. Die EÖKKG hat Büros in Brüssel und Straßburg und fühlt sich als eine Arbeitsgemeinschaft der Kirchen insbesondere gegenüber den europäischen Institutionen der EG und des Europarats. Angelegt in der Schaffung der EÖKKG ist im Grunde auch bereits die Frage der Einheit der Kirchen im Verhältnis zu einem sich unter supranationalen Strukturen einigenden Europa. Diese Frage aber beginnt erst jetzt wieder allmählich eine Rolle zu spielen.

Die Bereitschaft der Kirchen, vor allem auch in Deutschland, die Themen der EG als „groß“ anzuerkennen, war jahrelang nicht besonders ausgeprägt. „Größer“ erschien nach dem ersten, friedentiftenden Aufbruch der Europäischen Gemeinschaften in den 50er Jahren, jedenfalls der evangelischen Kirche, weithin die Möglichkeit einer Annäherung zwischen den Blöcken, wie sie die KSZE bot.

Hieran hat die Kirche, auch wegen ihrer Verbundenheit mit den evangelischen Landeskirchen in der DDR, intensiv mitgearbeitet. Auch das Angebot des Europarats einer weiteren, über EG-Europa hinausreichenden kulturellen und rechtlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder erschien interessant. Als eine, wenn man will, kirchliche Parallelbewegung setzte einige Jahre nach Helsinki der

Ökumenische Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung ein, der, obwohl weltweit angelegt, seinen Schwerpunkt doch in Europa hatte. Seine grenzüberschreitende Wirkung in den Kirchen und wohl auch dank den Kirchen in Europa führte zu dem großen Ökumenischen Treffen in Basel im Jahre 1989.

Die EG war, jedenfalls aus kirchlicher Wahrnehmung, mit diesen europäischen Themen, ebenso wie auch mit den die Kirchen sehr beschäftigenden Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses, zunächst wenig verbunden. Wenn überhaupt erschien sie, zu Recht oder zu Unrecht, eher fest eingebunden in die europäische Blockgeographie ebenso wie in die Verteidigungslinien der nördlichen Erdhälfte gegenüber dem Süden.

## EG im Wandel

Hier zeichnet sich nun doch, und letztlich wie bei so vielem erst eigentlich im Gefolge der Wende in Osteuropa, ein Wandel der Ansichten in der EKD zur EG ab. Die EG ist auf einmal der Hoffnungsanker auch der Länder in Ost-, Mittel- und Südosteuropa, für ihre wirtschaftliche, aber eben auch für ihre politische, demokratische Entwicklung, verkürzt: für ihren Anschluß an die Gegenwart. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks verloren andererseits die zur gegenseitigen Annäherung und Überwindung der Blöcke geschaffenen Strukturen ihre spezifische Bedeutung. Diese Einsicht kommt gerade für in der Überwindung der Blöcke besonders engagierte protestantische Gruppen keineswegs immer o Schmerzern. Man fühlt sich doch etwas plötzlich mit der EG alleingelassen. Das gilt im übrigen nicht nur für das Verhältnis zu Osteuropa, sondern auch für die meisten anderen „großen“ gesellschaftlichen und politischen Fragen, von denen auch die protestantischen Kirchen seit langem wissen, daß sie auf nationaler Ebene allein nicht mehr ausreichend behandelt werden können.

Nun muß man sagen, – aber vielleicht ist das schon wieder etwas zu sehr Brüsseler Sicht –, daß die EG es gerade in diesen Jahren kirchlichem gesellschaftlichem und politischem Engagement nicht sehr schwer macht, sich mit ihr zu beschäftigen. Eine Hinwendung protestantischen europäischen Engagements zur EG muß dann auch nicht nur von den neuen Ost-West-Verhältnissen nahegelegt oder gar erzwungen sein.

Auch die EG ist seit der Stagnation in der ersten Hälfte der 80er Jahre wieder aus eigener Kraft in Bewegung. Ihre soziale, gesellschaftspolitische, letztlich verfassungsgebende Bedeutung wird in den Zusammenhängen und den Folgen der Vollendung des europäischen Binnenmarkts erst richtig deutlich. Wirtschafts- und Währungsunion und politische Union sind Stichworte dafür. Europäischer Wirtschaftsraum steht für eine Erweiterung der EG auch ohne die hinzugekommenen Herausforderungen aus den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas. Diese gewachsene Bedeutung der EG, nach innen wie nach außen, verlangt nach einer politischen Debatte in eigenen europäischen demokratischen Strukturen.

Die erstmals eigens im Hinblick auf die EG geschriebene Denkschrift der EKD vom vergangenen Dezember „Verantwortung für ein soziales Europa“ bietet mehr als bekannte kritische Hinweise auf die fehlende soziale Seite der EG; sie ist vor allem ein konstruktives Zeichen für die Erkenntnis des politischen Eigengewichts der EG seitens der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der erste Besuch bei weltlichen Instanzen, den der erst im vergangenen November gewählte neue Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Engelhardt, außerhalb der immerhin weiter gewordenen deutschen Grenzen absolviert, gilt im Februar den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

### Europäische Visionen

Wenn man sich also im Herbst 1990 mit der Eröffnung des Verbindungsbüros in Brüssel, seitens der EKD noch etwas lustlos notgedrungen und ohne Überschwang an die EG der Bürokraten gewandt hat, hat man dann also jetzt bereits eine bessere EG im protestantischen Visier, eine protestantische Vision von EG? Trotz allem, was sich geändert haben mag:

Dies ist gerade für die evangelische Kirche so einfach nicht. Vielleicht müßte man aus protestantischer Tradition vor großen Entwürfen sogar eher warnen. Ein romantischer europäischer Protestantismus war geistesgeschichtlich gesehen jedenfalls immer eine prekäre Angelegenheit.

Zwei Hindernisse sind es vor allem, die einer protestantischen Vision von Europa eher entgegenstehen: Da ist einmal die Vielfalt protestantischer – und anglikanischer – Kirchentümer in Europa, die großen Unterschiede ihrer historischen Erfahrungen mit ihrem jeweiligen staatlichen Gegenüber. Ein gemeinsames Selbstverständnis im Umgang auch mit einem neuen, staatsähnlichen Gegenüber wie der EG ist daraus nur mit viel Geduld und gegenseitigem Verständnis zu gewinnen. Die nationale und regionale Verwurzelung sollte dabei ein positives Kennzeichen protestantischer Kirchlichkeit bleiben.

Zum anderen weisen die reformatorischen Grundeinsichten des Protestantismus normalerweise eine gewisse Resistenz gegen Visionen auf, die ja immer auch als etwas in sich Geschlossenes erscheinen. In der Freiheit des einzelnen vor Gott und für die Welt wurzelndes protestantisches Denken ist eher offen und kritikgeneigt, oder sollte es doch jedenfalls sein, – die Gegenbeispiele sind zahlreich.

Wenn man sich danach also nicht von Visionen, auch nicht von europäischen, vereinnahmen lassen soll, – bestimmte Sichtweisen eines „christlichen Europa“ würden zweifellos dazu gehören –, so können Protestanten in einem von der EG bestimmten Europa deshalb doch durchaus ein Zuhause finden. Denn in der Gemeinschaft, so wie sie sich bisher gezeigt hat, ist Offenheit und Reformbereitschaft angelegt. Bis zu einem gewissen Grad lebt diese Gemeinschaft von dem Weg, auf den sie sich vor nun schon vielen Jahren gemacht hat. Sicherzustellen ist allerdings, daß politische Vernunft weiterhin das Verfahren regiert. Verfahrensvernunft ist vor allem gebunden an eine offene, demokratische politische Debatte. Bürokratenvernunft reicht für die EG nicht aus, wenn sie auf Dauer für die „großen“ Fragen in Europa und an Europa tauglich sein soll.

Die EG könnte damit in der Tat zu einer neuen „Obrigkeit“ für den Protestantismus werden. Dabei ist einmal zuzugeben, daß der Begriff in diesem Zusammenhang eigentlich nur im Verhältnis zum lutherisch geprägten Protestantismus verwendet werden kann. Zum anderen ist dann aber auch darauf hinzuweisen, daß die EG eine neuartige Obrigkeit bleiben sollte, die die staatlichen Zuständigkeiten nur zum Teil aufnimmt, die den europäischen Bürger kennt, aber dessen Staatsbürgerschaft bei den durchaus fortbestehenden Staaten beläßt. Eine Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches kann nicht protestantische Absicht sein, ein europäischer Einheitsstaat aber genauso wenig.

henden Staaten beläßt. Eine Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches kann nicht protestantische Absicht sein, ein europäischer Einheitsstaat aber genauso wenig.

Ann.: Oberkirchenrat Hans-Joachim Kiderlen ist Leiter des Brüsseler Büros der EKD.

### Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit als Zukunftsaufgabe europäischer Politik

*Mit dem christlichen Verständnis vom Menschen hat die Demokratie gemeinsam eine gesunde Skepsis gegenüber der Vorstellung einer perfekten Welt und von perfekten Lösungen. Ein demokratischer Staat lebt entscheidend aus der Fähigkeit zum Kompromiß. Jeder Kompromiß enthält notwendigerweise Defizite; jede Güterabwägung ist zugleich die Abwägung zwischen zwei Übeln, von denen eines in Kauf genommen werden muß.*

*Die Fähigkeit, dies zu erkennen und zu akzeptieren, ist nicht nur in den westlichen Staaten Europas zum Teil unterentwickelt. Sie stößt gerade in den jungen Demokratien im Osten angesichts der hochgespannten Erwartungen an die demokratische Staatsform vielfach auf Verständnisschwierigkeiten. Hier stehen wir alle vor einem notwendigen und schwierigen Lernprozeß.*

*Eine der Grundaussagen der christlichen frohen Botschaft heißt Versöhnung. Sie zu fördern, ist auch im westlichen Teil Europas nötig. Immer wieder drohen Verwerfung und Teilung die Gesellschaft zu erschüttern.*

*Das wird zum Beispiel im Aufkommen ethnischer Spannungen in Teilen Europas sichtbar. Hier sehe ich auch für die Kirchen Möglichkeiten und Chancen, Unverständnis und Haß zwischen Völkern und Volksgruppen zu mildern oder zu überwinden ...“*

Auszüge aus: Bundesminister Rudolf Seiters, Rede in Rom, 10.1.92.

# Europa – Eine christdemokratische Vision

Peter Kittelmann

Ein Blick auf die vergangenen Monate und Jahre zeigt, daß sich das Tempo der Geschichtsschreibung rasant beschleunigt. Innerhalb kürzester Zeit hat sich die weltpolitische Lage schlagartig verändert. Auf der einen Seite sind Unrechtsregime durch den Mut einzelner und durch wirtschaftlichen Kollaps von innen heraus zersprengt und dadurch erhebliche Spannungspotentiale beseitigt worden. Auf der anderen Seite ist es durch neu entdecktes Nationalbewußtsein, aber auch durch kriegerische Handlungen zu neuen Krisenherden gekommen. Haben Europa und seine Gemeinschaft auf der einen Seite politische Emanzipationsbestrebungen beschleunigt und dadurch auf die jungen Demokratien wie ein magnetisches Zentrum gewirkt, steht die Gemeinschaft auf der anderen Seite doch auch im Zentrum erheblicher Kritik.

Die Jugoslawienkrise und der Golf-Krieg haben der Europäischen Gemeinschaft kein gutes Image beschert. Wurde auch zurecht die Machtlosigkeit der EG beklagt, so ließ sich daraus nicht unbedingt eine Schuldzuweisung vornehmen. Tatsächlich nämlich fehlte der Gemeinschaft bislang ein wirklich effektives außen- und sicherheitspolitisches Instrumentarium, mit dem sie zügig zur Beilegung der Konflikte hätte beitragen können. Mit anderen Worten: Der EG fehlte bislang die erforderliche Kompetenz.

Einzelstaatliches souveränes Handeln ist heute nicht mehr in der Lage, die großen politischen und längst grenzüberschreitenden Probleme zu lösen. Vielfache wirtschaftliche und politische Verflechtung, bilaterale und multilaterale Abkommen, grenzüberschreitende Umweltprobleme – dies alles bindet die einzelnen Staaten aneinander. Natürlich hat die Gemeinschaft schon längst Aufgaben übernommen, die zuvor in nationalen Kategorien gelöst wurden. In vielen Bereichen, in denen die Bürger es kaum spüren, zeichnet schon lange die Gemeinschaft verantwortlich. Dies wollten wir in Europa so.

In der Präambel des EWG-Vertrages haben die unterzeichnenden Staaten verbindlich ihren festen Willen bekundet, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen.“ Diesem Anspruch müssen wir jetzt auch genügen.

Ein **erster wichtiger Schritt** ist mit dem für die Geschichte der Gemeinschaft wichtigen Datum des Gipfels von Maastricht verbunden. Auf dem Weg hin zu einem gemeinsamen Europa, in dem die wichtigen Politikbereiche auch wirklich gemeinschaftlich gelöst werden, bleibt vor allem der



**Peter Kittelmann, MdB: Grenzüberschreitende Problemlösungen suchen!**

Durchbruch für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion ein besonderer Erfolg. Die Pressemeldungen im Vorfeld von Maastricht über einen Ausverkauf der D-Mark haben für viel Unsicherheit gesorgt – zu Unrecht. Für die deutsche Verhandlungsseite stand von Anfang an fest, daß die Währungsgemeinschaft eine Stabilitätsgemeinschaft sein muß, daß für die Europäische Zentralbank in der dritten Stufe absolute Unabhängigkeit garantiert sein muß, daß die gemeinsame Währung nicht an Stabilität der D-Mark nachstehen darf und daß es in der zweiten Stufe nicht zu einer Vermischung nationaler und internationaler Kompetenzen kommen darf, – diese Bedingungen sind in Maastricht durchgesetzt worden.

Damit ist für das Europäische Haus ein tragfähiges Fundament erstellt, das eine starke Währung, wachsende Wirtschaftskraft und neue Arbeitsplätze gewährleistet. Zugleich wird so erheblicher Druck auf die Entwicklung einer Politischen Union ausgeübt.

Die Politische Union ist mit dem EG-Gipfel eingeläutet und unumkehrbar gemacht worden. Auch in diesem Bereich wird sich die Entwicklung beschleunigen, vor allem wegen der Aussicht auf eine gemeinsame Verteidigung, in der die WEU als Sicherheitsinstrument der EG im Rahmen einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik eine überaus wichtige Funktion erfüllen wird.

## Entwicklung einer politischen Union

Die Gemeinschaft wird auf diese Weise auf internationaler Ebene ihre Identität behaupten und festigen. Symbol dieser gemeinsamen Identität ist die Unionsbürgerschaft, durch deren Einführung die Interessen und Rechte der europäischen Bürger geschützt und gestärkt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit langem ihr Anliegen betont, sich für wirklich demokratische Strukturen in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen – eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft muß auch eine Stärkung und Entwicklung der Rechte des Europäischen Parlaments beinhalten. Wegen erheblichen Widerstandes bei den Europäischen Partnern konnte die deutsche Seite ihre Vorstellungen nicht ganz durchsetzen, erkämpfte am Ende aber doch mehr als das, was vor allem von den Briten im Vorfeld zugestanden wurde.

## Europa der Vielfalt

In Zukunft wird es in den Bereichen Gesundheit, Verbraucherschutz, Kultur, Binnenmarkt und für Rahmenprogramme für Forschung und Umwelt ein Mitentscheidungsverfahren geben. Das allein reicht noch nicht aus, ist aber dennoch ein ermutigendes Zeichen für eine zukünftig stärkere Gewichtung der Abgeordneten im Europäischen Parlament. Darüber hinaus drängen wir weiter auf eine gerechte Vertretung der Bürger aus den Neuen Bundesländern im Parlament Europas und halten an der Forderung, die Zahl der Deutschen Abgeordneten im EP um 18 Mandate aufzustocken, fest. Nach den schwierigen Verhandlungen und den niedrigen Erwartungen im Vorfeld des Gipfels darf die deutsche Seite mit dem Ergebnis des Gipfels sehr zufrieden sein.

Europa bleibt die große politische Perspektive der kommenden Jahre. Für die Christdemokraten geht es da-

mit um die Realisierung der Vision eines gemeinsamen friedlichen Europa, eines Europa der Bürger. Wir möchten die Bürger für Europa begeistern und aktivieren. Dazu aber ist es notwendig, daß sich jeder einzelne im gemeinsamen Europa auch wiederfindet, daß er erkennt: Dies ist sein Europa, ein Europa, das seine Interessen wahrnimmt und das er wählt. Die Angst vor kultureller Gleichmacherei und einem quasi profillosen Einheits-europäer ist völlig unbegründet. Vielmehr geht es darum, daß jedes Land die Kultur und die Interessen seiner Regionen einbringt und Europa so ein Europa der Vielfalt wird, das aus seinen zahlreichen Facetten lebt und profitiert.

Die Europäische Gemeinschaft fußt auf zwei großen Prinzipien:

Zum einen strebt die Gemeinschaft nach wirklichem **Interessenausgleich**, der wirkungsvoll in Form der Politischen Union institutionalisiert werden muß. Zweitens geht es in der Gemeinschaft um einen **Prozeß der demokratischen Meinungsbildung** und Entscheidungsfindung. Dazu benötigt Europa ein Parlament, das den Bürgern deutlich zeigt, daß ihre Interessen repräsentiert und vertreten werden. Dieser Punkt darf nicht unterschätzt werden. Die Zeit des bedingungslosen Ja zu Europa ist vorbei. Wir brauchen darum für Europa den Rückhalt durch seine Bürger. Verlieren wir diesen Rückhalt, verspielen wir die Chancen eines friedlichen Zusammenwirkens der Völker.

### Ausblick

Um so wichtiger ist es, daß wir schon im eigenen Land entsprechende Strukturen schaffen, die es ermöglichen, rechtzeitig auf den europäischen Entscheidungsprozeß Einfluß zu nehmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfügt über eine Arbeitsgruppe, die sich in jeder Sitzungswoche trifft, um über europarelevante Themen zu diskutieren. Zugleich werden in dieser Runde Fragen des EG-Ausschusses vorbereitet. Nach langem Drängen der Christdemokraten wurde dieses Jahr ein solcher interfraktioneller EG-Ausschuß eingerichtet, der die Möglichkeit hat, Europathemen rechtzeitig im Deutschen Bundestag einzubringen. Damit sollen alle Abgeordneten zunehmend mit Europafragen vertraut werden und die Anliegen ihrer Wähler einbringen können.

Europa bleibt unsere Vision, die es zu verwirklichen gilt. 1992 wird ein gehöriges Stück Arbeit zu erledigen sein, um den gemeinsamen Binnenmarkt am 1.1.1993 pünktlich einzuläuten. Die Christdemokraten sind fest

entschlossen, ihren Beitrag dazu zu leisten.

**Ann.:** Peter Kittelmann, MdB, ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europapolitik und Außenwirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Maastricht – eine wichtige Etappe auf dem Weg nach Europa

Ingo Friedrich

**Langsam senkt sich der Pulverdampf der Schnellanalysen der Ergebnisse von Maastricht und die langfristig wirksamen Konturen werden sichtbar:**

Alle Bewertungen, die sich auf die Frage konzentrieren, welches EG-Land denn mehr „herausgeholt“ habe, also zu Lasten anderer „gewonnen“ habe, sind ziemlich bedeutungslos, weil z.B. der sog. „englische Sieg“ - bei Währungs- und Sozialpolitik zunächst nicht mitmachen zu müssen - die Bürger in Deutschland überhaupt nicht tangiert.

Die neue und maßgebliche Meßlatte für Gipfelergebnisse muß lauten: wurde für das sich langsam herausbildende „europäische Gemeinwohl“, in dem sich auch die deutschen Interessen wiederfinden, etwas erreicht oder nicht. Eine derartige Bewertung ist zugegebenermaßen noch ein wenig ungewohnt, ist aber für eine objektive Einordnung der Ergebnisse von Maastricht unabdingbar.

Erstmals wurde das uns so wichtige Subsidiaritätsprinzip in der vom deutschen Bundesrat gewünschten Fassung in den EG-Vertrag eingefügt. Ebenso wurde die nationale Identität der Mitgliedsstaaten gesondert betont und die strikte Bindung der neuen Unionsbürgerschaft an die nationale Staatsbürgerschaft expressis verbis festgeschrieben. Neu erkannt und berücksichtigt wurde die Tatsache, daß heute viele der großen und akuten Probleme auf nationaler Ebene nicht mehr lösbar sind.

Angesichts dieser Situation muß das verfassungsmäßige Ziel der Europäischen Einigung in einer neuen Staatsform „sui generis“ gesehen werden, die mehr darstellt als einen bloßen Staatenbund, aber andererseits keinen Einheitsstaat à la früheres Deutsches Reich oder à la Französische Republik formt. Es geht um eine abgestimmte, synthesesenhafte Verzahnung und Bündelung regionaler, nationaler und europäischer Identitäten und Interessen bei gleichzeitiger Perspektive für die

ganze Vielfalt unseres alten Kontinents, der einmal stolz darauf war, christliches Abendland genannt zu werden. In dieser Bündelung müssen sich Bayern und Deutschland auch langfristig wiederfinden.

Gemessen an diesem neuen europäischen Gemeinwohl, das auch das nationale Gemeinwohl dauerhaft absichern soll, stellen die Ergebnisse von Maastricht eine wichtige Etappe dar, die zwar noch nicht den von deutscher Seite gewünschten hohen politischen Integrationsgrad der EG erreicht, aber den Zug der Europäischen Einigung erheblich beschleunigt hat und ihn in den richtigen Zielbahnhof leitet.

Wichtige „Nachbesserungen“, d.h. weitere Präzisierungen der Grundsatzbeschlüsse, müssen auf den Gebieten der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Asyl-, Einwanderungs- und Innenpolitik – hier insbesondere auf dem Gebiet der inneren Sicherheit – vorgenommen werden.

Die demokratischen Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments wurden in einigen zentralen Bereichen verbessert, wie z.B.:

- Bestätigungserfordernis der EG-Kommission
- Niederlassungsrecht
- Gesundheitsschutz
- Verbraucherschutz
- Umweltschutz, sowie
- Vetorecht bei Handelsverträgen.

Das Europäische Parlament erreicht damit zwar noch immer nicht die Qualität einer echten „zweiten Kammer“ und muß auch künftig um seine Rechte kämpfen, aber auch hier ist ein wichtiger Fortschritt unübersehbar.

# Von der Bahn auf's Schiff Zur Verkehrspolitik der 90er Jahre

Dirk Fischer

**Die Vollendung des EG-Binnenmarktes, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Staaten und das gewandelte Bewußtsein für den Schutz der Umwelt sind grundlegend neue strukturelle Bedingungen, auf die die Verkehrspolitik der 90er Jahre Antworten geben muß. Die Akzeptanz des Verkehrs wird mehr und mehr eine Frage seiner Umweltverträglichkeit und Sicherheit.**

Das Verkehrswesen ist in hohem Maße vom Energieträger Erdöl abhängig, das dadurch auch zu der hohen Schadstoffbelastung der Luft beiträgt. Diese Tatsachen sind ein zentrales Problem der Verkehrs- und Umweltpolitik. Die erwähnten politischen Rahmenbedingungen lassen eine starke Zunahme aller Verkehrsleistungen erwarten. Der damit einhergehende Emissionszuwachs im Verkehrsbe- reich muß gebremst und für die Zukunft reduziert werden. So ist es das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahre 2005 die CO<sub>2</sub>-Emmission um 25% zu reduzieren. Der Verkehrsbe- reich wird dazu seinen Beitrag leisten müssen.

Der prognostizierte Verkehrszu- wachst verteilt sich nun nicht gleichmä- ßig auf alle Verkehrsträger. Vielmehr sind Luft und Straße die eindeutigen Gewinner des Wachstums. Das über- proportionale Wachstum dieser beiden Verkehrsträger stößt in der Bundesre- publik Deutschland teilweise auf Ka- pazitätsgrenzen ihrer Infrastruktur. Erschwerend wirkt sich zudem aus, daß die Schiene, die die Umwelt weni- ger belastet, schon heute die Nach- frage nicht erfüllen kann. Es ist erforder- lich, übergeordnete Interessen des Umweltschutzes in der Verkehrspoli- tik stärker zu berücksichtigen.

Zur Verminderung steigender Ver- kehrs- und Umweltprobleme ist eine Modernisierung der Verkehrstechnik als Daueraufgabe anzusehen. Interna- tional sind hohe Umweltstandards durchzusetzen, die zur Anwendung des neuesten Standes der Technik füh- ren. Die modernste Umwelttechnik von heute ist der Wettbewerbsvor- sprung von morgen. So sind die Grenz- werte für gas- und partikelförmige Schadstoffe aus Fahrzeugen weiter herabzusetzen, auch die weitere Redu- zierung des von Fahrzeugen abge- strahlten Lärms ist technisch erreich- bar, wenn auch mit größeren Auf- wand.

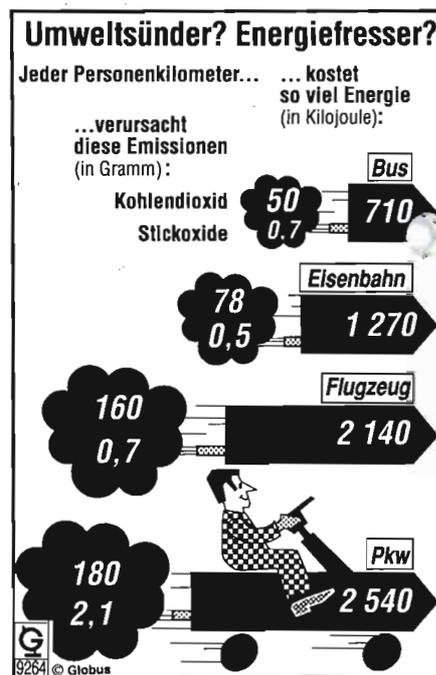
Gleichfalls ist das komplexe Ver- kehrssystem zu optimieren. Dabei kommt es auf die Aufgabenteilung und Kooperation zwischen den einzelnen Verkehrsträgern Straße, Schiene, Wasser und Luft an. So sollen die Vorteile der einzelnen Verkehrsträger durch Bildung von integrierten Trans- portketten konsequent genutzt wer- den, um eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die umweltfreund- lichen Verkehrsträger Eisenbahn und Binnen- oder Küstenschiff zu errei- chen. Letztere haben noch erhebliche Kapazitätsreserven.

Warum soll für nicht so eilbedürftige Güter auf dem Wege von Skandina- vien nach Südeuropa nicht wieder stär- ker auf das Küstenschiff zurückgegrif- fen werden? Das könnte den Transit durch unser Land entlasten. Die Eisen- bahnen müssen mehr als bisher den Einstieg in zukunftssträchtige Verkehre wie die just-in-time-Transporte su- chen, die heute wegen der verlangten Zuverlässigkeit auf der Straße rollen. Erforderliche und heute nicht vorhan- dene Kapazitäten werden frei, wenn die Eisenbahnen nicht so gewinnbrin- gende Transporte – wie etwa Massengü- ter – zur konkurrierenden Binnen- schiffahrt abwandern lassen, soweit diese parallele Verkehrsrelationen be- dienen kann.

Das Ziel ist der leistungsfähige Ver- bund der Verkehrsträger. Ein gutes Zusammenwirken der Verkehrsträger ist aber nur möglich, wenn die Schnitt- stellen Straße/Schiene/Schiffahrt/Luft optimiert werden. Die Verkehrsflüsse innerhalb und zwischen den Verkehrs- trägern sind mit modernen Kommuni- kationstechnologien entsprechend der Verkehrsnachfrage optimal zu steu- ern. Dadurch können Leerfahrten ver- mieden und die Fahrzeugauslastung erhöht werden.

Moderne Technik ist auch für indivi- duelle und kollektive Verkehrsleitsy- steme einzusetzen sowohl auf den Au-

tobahnen wie auch im innerstädtischen Verkehr. Für den Übergang von einem Verkehrsträger auf den anderen brau- chen wir u. a. park-and-ride-Anlagen, Umschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr oder eine gute Anbin- dung von Flughäfen an den Schienen- fernverkehr. Im Nahbereich können Sammel- und Verteilerverkehre durch Schaffung von Güterverkehrszentren reduziert werden.



Die Investitionspolitik im Verkehr soll, ebenso wie andere Bereiche der Verkehrspolitik, zum Abbau verkehr- bedingter Umweltbelastungen und zur Energieeinsparung beitragen. Vor ei- nem weiteren Ausbau der Verkehrs- infrastruktur muß in jedem Einzelfall die Frage nach der Notwendigkeit und die sorgfältige Abwägung der erzielbaren Verbesserungen gegenüber den Kos- ten und den investitionsbedingten Eingriffen stehen.

Von großer Bedeutung ist der Aus- bau der Verkehrsinfrastruktur. So kann der Bau von Eisenbahn-Hochge- schwindigkeitsstrecken, die die wichti- gen europäischen Zentren miteinander verbinden, Autofahrer zum Umstei- gen auf die Bahn bewegen und zu einer Entlastung des innerdeutschen und eu- ropäischen Luftverkehrs führen. Die Flugsicherung muß in die Lage versetzt werden, flexibler auf hohes Verkehrs- aufkommen zu reagieren. Unnötige Warteschleifen vieler Flugzeuge, die zu einer Umweltbelastung führen und

Verspätungen wie auch erhebliche Kosten verursachen, müssen dann der Vergangenheit angehören. Neben dem Schienennetz ist jedoch auch das Straßennetz weiter auszubauen. Hierzu gehört nicht nur die Beseitigung von Verkehrsengpässen, sondern auch ein verstärkter Bau von Ortsumgehungen. Durch die Entlastung der Ortskerne wird sowohl die Bevölkerung vor Lärm und Abgasen geschützt, als auch eine Verminderung des Unfallrisikos erreicht. Im Bundesfernstraßenbau führten die höheren Aufwendungen für eine umweltgerechte Gestaltung (Einhäusung, Tiefanlagen, Tunnel) und für Ausgleichsmaßnahmen zum Umweltschutz bereits zu einer deutlichen Reduzierung der Bauziele. Für Umweltschutzmaßnahmen wurden in den letzten Jahren regelmäßig mehr als 10 % der Baumittel aufgewendet. Von einem Zubetonieren der Landschaft kann keineswegs die Rede sein.

Die überlangen Planungs- und Bauzeiten müssen drastisch reduziert werden. Ein Ansatz liegt in der Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dieses erscheint möglich, ohne die Bürgerrechte oder gar die Umweltverträglichkeitsprüfung zu vereiteln. Für zunächst Berlin und die neuen

Bundesländer wird das mit einem Beschleunigungsgesetz probiert. Daneben stellt die Frage der Finanzierung der künftig erforderlichen Verkehrsinfrastruktur einen deutlichen Schwerpunkt der verkehrspolitischen Arbeit dar. Die Einbeziehung privaten Kapitals ist angesichts der großen Zahl dringlicher Ausbauprojekte unverzichtbar. Privates Kapital kann eigentlich bei allen Verkehrsträgern zum Einsatz kommen.

Bei der Nutzung der staatlichen Infrastruktur, der vom Verkehr ausgehenden Belastung der Umwelt sowie der Knappheit und Umweltverträglichkeit der Energieformen müssen die Preise ihre Marktfunktion erfüllen. Das Entgelt des Nutzers entspricht in vielen Fällen weder der Knappheit noch den Kosten. So ist im europäischen Rahmen auch die Bemessungsgrundlage staatlicher Abgabensysteme im Verkehr stärker auf den Grad der Umweltbelastung auszurichten.

Mittel- und langfristig ist der Übergang vom Mineralöl zu alternativen Antriebsenergien (Elektro, Wasserstoff, nachwachsende Rohstoffe wie Raps) anzustreben. Bis dahin sind alle technischen und wirtschaftlich sinnvollen

Möglichkeiten zur Senkung des spezifischen Treibstoffverbrauchs und der verkehrsbedingten Lärm- und Schadstoffemissionen zu nutzen.

Die Verkehrspolitik steht also vor der großen Herausforderung, den Zielkonflikt zwischen den Ansprüchen an Mobilität und wirtschaftlichem Wachstum einerseits und der umweltverträglichen Gestaltung der Verkehrswege und des Verkehrs andererseits zu lösen. Ein Industriestaat braucht nicht nur umweltfreundliche Verkehrsmittel, sondern auch eine effiziente Verkehrsbedienung, die ohne Lkw und Pkw nicht möglich ist.

Wer radikale Lösungen anstrebt, muß auch bekennen, daß dies nur um den Preis ganz grundlegender Veränderungen der Lebensgewohnheiten, des Lebensstandards und der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Industrie nicht nur in Deutschland, sondern damit auch in ganz Europa – dessen Verkehrsscheibe unser Land ist – möglich ist.

**Anm.:** Dirk Fischer, MdB, leitet die Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestages.

## Sozialethische Überlegungen zur Verkehrssituation

Heinrich Vokkert

Ein Kennzeichen entwickelter Industriegesellschaften ist ihre hohe und sich noch steigernde Mobilität, gemessen am Verkehrsaufkommen. Auch wenn es das Fach bzw. die Unterabteilung „Verkehrsethik“ noch nicht im theologischen Vorlesungsbetrieb gibt, ist die Verkehrsentwicklung doch Sache der Kirche. Am dringlichsten dann und dort, wo Pfarrerinnen und Pfarrer die Opfer des Straßenverkehrs zu bestatten, Angehörige zu trösten und Schwerverletzte in den Krankenhäusern zu begleiten haben. Das trifft im Laufe eines Arbeitslebens jede/n Pfarrer/in.

### Kirche und Mobilität

Kirche kann und wird nicht grundsätzlich mobilitätsfeindlich sein. Schon in ihrer jahrtausendalten jüdisch-christlichen Tradition hat sie es mit Mobilität zu tun. Abraham erhielt den Auftrag, aus dem Land seiner Väter „auszuziehen“ (Gen. 12). Die Israeliten waren Nomaden; der 40-jährige Zug durch die Wüste nimmt in ihrer Glaubenstradition einen wichtigen Platz ein (Exodus-Josua). Wir wissen, daß Jesus von Nazareth den jüdischen

„Wanderpropheten“ zuzurechnen ist (vgl. hierzu Matth. 8, 18-20, Matth. 10, 5-15). Der Apostel Paulus brachte durch seine vielen und langen Reisen das Christentum über Palästina hinaus in das damalige Weltzentrum Rom und dessen Weltreich. Schließlich wird im Hebräer-Brief die Christengemeinde als „wanderndes Gottesvolk“ bezeichnet. Das Christentum und seine Missionstätigkeit partizipierten und profitierten von den jeweiligen Möglichkeiten der Mobilität.

Quantität und Qualität der Mobilität haben sich durch die Erfindungen von

Eisenbahn und Auto aber fundamental geändert. Heute sind alle Lebensbezüge durchgehend vom Auto geprägt; wir haben die völlige nicht nur ökonomische, sondern auch private Abhängigkeit vom Auto. Und wir erleben zugleich die Bedrohung von Mensch und Natur durch das Auto. Der wachsende Widerstand gegen den naturzerstörerischen (Tirol) und menschenbedrohenden (Hamburg-Altona) Verkehr zeigt sich in Straßenblockaden. Der Verkehr als Mittel der Mobilität wird zu einem Existenzproblem moderner Gesellschaften. Es gibt kaum eine Akademie, die dieses nicht zu ihrem Thema macht.

### Mobilität und Gesellschaft

Es müssen die Ursachen wachsender Mobilität in modernen Gesellschaften aufgezeigt werden. Summarisch sind diese in der Ausdifferenzierung unserer Lebensbezüge angelegt.

- Ein Kennzeichen moderner Industriegesellschaften ist das Auseinanderrücken von Wohnen und Arbeiten. Der steigende Wohlstand ist die Voraussetzung für das Wohnen

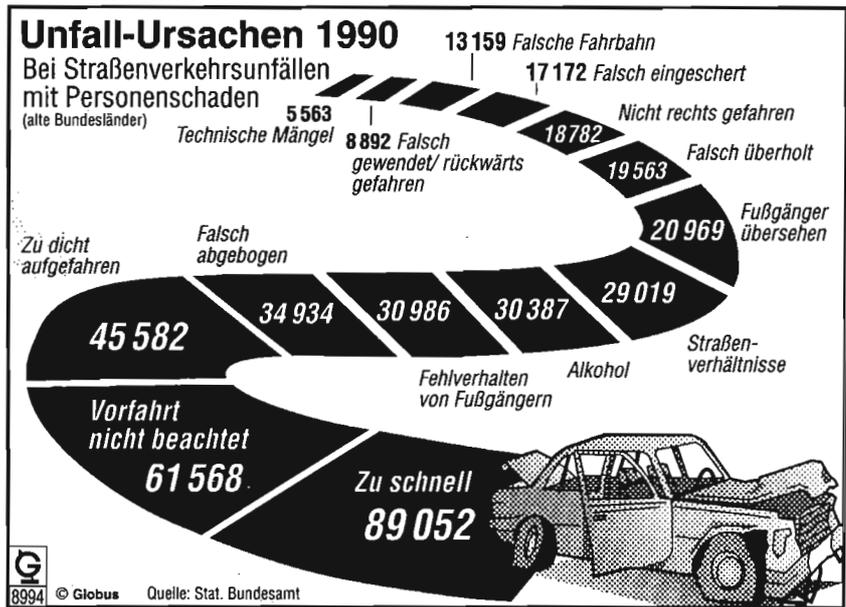
„im Grünen“ im gehörigen Abstand von ökologisch belasteten Industriestandorten und -ballungsgebieten, z.B. aus der Emscherzone in das südliche Münsterland. Exorbitant hohe Grundstückspreise (z.B. in Haltern) machen dabei wenige reich, viele jedoch „arm“.

- Die „Schule im Dorf“ gibt es weiterhin nicht mehr. Schulzentren wurden allerorten eingerichtet. Zu diesen wälzen sich allmorgendlich Bus-Karawanen. Die Platzansprüche solcherart beförderter Schüler entsprechen nicht einmal den Tierschutzrichtlinien. Besser haben es jene, die die Eisenbahn benutzen können. Aber dieser Verkehr ist für die Bundesbahn nicht interessant. So soll die Strecke Gronau – Coesfeld stillgelegt werden, obwohl in der Relation Gronau – Ahaus schuld täglich 370 Schüler transportiert werden. Damit wird Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagert – und damit die Zahl der Verkehrsunfälle und ihrer Opfer erhöht.
- Die Bürger sind heute zunehmend auf öffentliche Verwaltungs-Dienstleistungen (nicht Hoheitsakte!) angewiesen. Parallel zur Schulkonzentration verlief die Verwaltungskonzentration. Auch das Rathaus ist nicht mehr im Dorf geblieben. Aber die damit geschaffenen neuen „Zentren“ sind z.T. mit der Bahn nicht mehr erreichbar. Im Zuge kommunaler und kreislicher Sparmaßnahmen sollen Außenstellen eingespart werden. Für den Bürger bedeutet dieses erhöhte Verkehrsaufwand. Unter dem berühmten „Strich“ wird nichts gespart, sondern Verkehr vermehrt.
- Selbst die enorme Ausweitung des Wohnens in das Umland, einhergehend mit dessen Zersiedlung, konnte die Erholungsbedürfnisse „vor Ort“ nicht abdecken. 50% des Verkehrs entfallen auf den Bereich Freizeit und Erholung. Das kulturelle Angebot ist den Wanderungsbewegungen nicht gefolgt; es muß – wenn überhaupt – an alter Stelle wahrgenommen werden: in der Regel mit dem Auto.
- Die Industrie-Entwicklung zeichnet sich durch laufende Verringerung der Fertigungstiefe aus, beispielhaft in der Autoproduktion. Die Zulieferungen erfolgen hauptsächlich über die Straße, „just in time“ – auch wenn es inzwischen Ganz-Güterzüge „just in time“ gibt. Auf jeden Fall hat diese Entwicklung

maßgeblich zum rasanten Anstieg des Straßengüterverkehrs beigetragen.

Aus aktuellem Grunde sei angemerkt, daß es im Zuge der Hauptstadtverlagerung durch das Verbleiben von Teilverwaltungen am alten Standort auch zur Verringerung der „Verwaltungstiefe“ kommen kann. Das würde wiederum zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens

mit Gleichmut registriert werden. Symptomatisch dafür ist, daß im kürzlich vorgelegten Gewaltbericht der Bundesregierung der Gewaltbereich Straße fehlt – ebenso wie der von Ehe und Familie. Diese Massengewalt gegen Menschen (und auch gegen Tiere!) dürfte eine Ursache in der Überforderung des Menschen durch den Straßenverkehr haben. Dazu hat Peter Jörns eine interessante Untersuchung aus sozialpsychologischer Sicht veröffentlicht.



führen, z.B. in Form eines „Beamten-shuttle“ Bonn-Berlin.

- Die immer noch wachsende Konzentration im Handel und das Verschwinden der kleinen wohnnahen „Tante-Emma-Läden“ zugunsten großer Einkaufszentren auf der grünen Wiese führen zu steigendem Verkehrsaufkommen, fast ausschließlich auf der Straße. Das kann zu sozialen Kuriositäten führen. Sozialhilfeempfängern wird durch Festsetzung ihres „Warenkorbes“ der Einkauf in „Billig-Läden“ verordnet, obwohl diese Haushalte am wenigsten über das dafür notwendige Transportmittel „Auto“ verfügen dürften.

Diese stichwortartige Auflistung ergibt, daß unsere Gesellschaft in ökonomischer, kultureller wie privater Hinsicht auf Mobilität ausgerichtet ist, die zum weitaus überwiegenden Teil vom Auto abgedeckt wird.

12.000 Tote, 400.000 Verletzte und unzählige Schadstoff- und Lärmgeschädigte säumen die Straßen unserer Mobilität – damit zugleich der Gewalt. Es ist unbegreiflich, daß diese Zahlen

licht, auf die ich hier nur hinweisen, nicht aber näher ausführen kann. Am Ende dieses Vortrages werde ich diesen Aspekt aber wieder aufnehmen.

## Die Überforderung des Menschen durch den Straßenverkehr

- Der Straßenverkehr führt zu einer übergroßen Nutzung der natürlichen Ressourcen Erdöl und Flächenbedarf. Die Industrieländer machen etwa 20% der Weltbevölkerung aus, verbrauchen aber 80% des Weltenergiebedarfs. Das gleiche Zahlenverhältnis ergibt sich für die Motorisierung. Diese Relationen lassen erkennen, daß die bei uns erreichte Motorisierung nicht auf die gesamte Weltbevölkerung übertragbar ist, ohne daß die natürliche Ressource Erdöl augenblicklich erschöpft wäre. Umgekehrt müssen wir uns fragen, mit welchem Recht wir unsere Motorisierung aufrechterhalten und sogar noch ausweiten wollen (EKD-Synode 1991: Die derzeitige Lebensweise vor allem in den westlichen Industriegesellschaften ist nicht mehr schöpfungsverträglich. Dazu gehö-

ren insbesondere die Höhe des Energieverbrauchs, die Vergiftung von Boden und Grundwasser durch Abfälle und die anhaltende Verschwendung von Ressourcen. Wir können nicht weiterleben wie bisher.“).

- Die Schadstoff-Emissionen des KFZ-Verkehrs sind gewaltig. In der (Alt-)Bundesrepublik müssen veranschlagt werden:  
6.560.000 t (CO) Kohlenmonoxid  
1.824.000 t (NO<sub>2</sub>) Stickoxide  
50.000 t Benzol

An den Waldschäden hat der Straßenverkehr maßgeblichen Anteil. Es ist schon erstaunlich, daß der jüngste Waldschadensbericht der Bundesregierung kaum Resonanz gefunden und die Verabschiedung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes offensichtlich nicht retardierend beeinflußt hat. Unsere Autos tragen zum Waldsterben bei; auch wenn sich Mitbürger gegen diese Erkenntnis mit dem Autoaufkleber zur Wehr setzen: Mein Auto fährt auch ohne Wald.

- Inzwischen hat man begonnen, die volkswirtschaftlichen Kosten des Straßenverkehrs zu erfassen, soweit diese monetarisierbar sind. Dazu gehören auch die Schäden an Gebäuden und Natur durch Einwirkung der Abgase. Verschiedene Institute haben sich an diese Aufgabe herangewagt und beziffern die nicht gedeckten volkswirtschaftlichen Kosten zwischen 80-120 Mrd. DM. Dagegen muß das vielzitierte und immer beklagte Defizit der DB geradezu verblassen. Es ist nicht übertrieben, den Verkehrssektor unserer Volkswirtschaft als den am höchsten subventionierten zu bezeichnen.

## Verkehrspolitik statt Straßenbau-Fortschreibung

Zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition schrieb man aus dem Verkehrsministerium, daß es eine integrierte und widerspruchsfreie Verkehrspolitik nicht gäbe. Ursache für die Anfrage waren die schienenparallelen Kanalbauten an Elbe, Mosel und Main. Aus der Tatsache, daß das Bundesverkehrsministerium dreimal einer Einladung zu verkehrspolitischen Tagungen an der Akademie Iserlohn nicht folgte, kann geschlossen werden, daß sich an der obigen Tatsache nichts geändert

hat. Dringender denn je ist die Verkehrspolitik gefordert, ein Verkehrskonzept zu erarbeiten, das die Kriterien „integriert“ und „widerspruchsfrei“ erfüllt.

Elemente eines solchen Verkehrskonzeptes müssen sein:

1. In diesem Konzept müssen Strategien zur VERMEIDUNG von Verkehr enthalten sein. Die Versorgung der Bevölkerung könnte stärker regionalisiert werden; Güter mit geringer Wertedichte, wie z.B. Joghurt oder Mineralwasser, müssen nicht bundesweit verteilt und damit durchs Land gefahren werden.
2. Wirtschaftliche Vollkostenrechnung für alle Verkehrsträger. Nur unter dieser Voraussetzung ist Marktwirtschaft auf dem Verkehrssektor möglich. Für die Bundesbahn sollte die Trennungsrechnung eingeführt werden, wie z.B. jüngst in Schweden.
3. Eine VERLAGERUNG des Verkehrs von der Straße auf die Schiene ist energisch einzuleiten. Die Schiene hat in Sachen Flächen- und Energieverbrauch eindeutig günstigere Werte. Einen attraktiven Personennah- und Regionalverkehr muß es in Zukunft auch in der Fläche geben.
4. Dringend erforderlich ist eine VERBESSERUNG der Verkehrstechnik. Es gibt das verbrauchsarme Auto, aber dafür sind die Benzinpreise noch zu niedrig. Die Eisenbahn läßt sich in Antriebs- und Betriebstechnik wesentlich verbessern.
5. Die Erhöhung der VERKEHRSSICHERHEIT ist dringend geboten. Die Geschwindigkeitsbegrenzung (30 – 80 – 100) ist umgehend alleine zur Schonung von Menschenleben einzuführen. Die Gegenargumente wurzeln im Unbewußten. Zitate aus einer Verkehrsanhörung des Bundestages: 'Es ist die Kastrationsangst von Männern mit jungbullenhaftem Verkehrsverhalten.'
6. Die Verkehrssicherheit kann auch durch eine verstärkte VERKEHRSSÜBERWACHUNG erhöht werden. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß im LKW-Verkehr zu schnell, zu lange und zu schwer gefahren wird. Die Straße scheint sich zu einem (fast) rechts- und sanktionsfreien Raum zu entwickeln.

7. Elemente eines zukunftsfähigen Verkehrskonzeptes muß eine Zurückdrängung des Straßenverkehrs sein. Dazu gehören: Einführung von Schadstoffgrenzen in Städten und Ballungsgebieten mit entsprechenden Fahrverboten, restriktive Straßenbaumaßnahmen und Reaktivierung des Schienennah- und -regionalverkehrs sowie die Renaissance der Straßenbahn.

Zum Schluß komme ich zu einer besonderen **Aufgabe der Kirche im Rahmen einer Verkehrsethik**, die nicht, wie einleitend gezeigt, mobilitätsfeindlich ist. Aus der Bibel können dafür wegen des großen Zeitabstandes mit seinen enormen gesellschaftlichen Entwicklungsschüben keine Rezepte übernommen werden. Aber die alttestamentlich-prophetische Baalkult-Kritik läßt sich aktualisieren mit einer ENTMYTHOLOGISIERUNG des Autos. Kennzeichnend für den Stellenwert des Autos in den modernen Gesellschaften ist die Abwandlung eines alten Philosophen-Wortes: Ich fahre, also bin ich (Descartes: Cogito, ergo sum = ich denke also bin ich). Ich weise hierzu noch einmal auf den zitierten Aufsatz von Peter Jörns hin. Der PKW ist nicht nur ein Transport-, sondern gleichermaßen ein Selbstdarstellungs- und Durchsetzungsmittel. Ich möchte dieses mit einem Zitat belegen:

„Dann nämlich (beim Einsteigen in das Auto, Verf.) findet ein unbewußter Rückfall in die früheste Kindheit statt. Das Auto erinnert seinen Fahrer durch seine Proportionen, die Sitzhaltung, die Geräuschkulisse und sein Schaukeln an das Wohlbefinden im Mutterleib. Kuscheltiere, vertraute Musik, Kissen und Decken vervollständigen eine abgeschirmte Welt ohne Kontakt nach draußen. In dieser unabhängigen Welt des rollenden Kinderzimmers werden Erwachsene zu rasenden Säuglingen, die in der Fortbewegung ihre Allmachtswünsche ausleben wollen. Kleinkindern gleich, reagieren sie dann auch trotzigt mit Impogniergehabe oder völlig hilflos, wenn die Fahrt durch rote Ampeln oder Staus behindert wird. Für viele wird jeder andere Verkehrsteilnehmer zur möglichen Bedrohung der Harmonie.“

Dem ist wenig hinzuzufügen. Vielleicht noch der Hinweis, daß der Praktische Theologe Peter Jörns in Berlin eine „Suchtberatung für Autofahrer“ begonnen hat.

Aufgabe der Kirche muß es sein, theologisch-anthropologische Grundkenntnisse über den Menschen in die Mobilitäts- und Verkehrsdiskussion einzubringen. Es muß ernstgenommen werden, daß wir Menschen das Gute, das wir wollen, oft nicht tun – und das Böse, das wir nicht wollen, doch tun (Paulus in Römer 8). Eine christliche Verkehrsethik wird die „psychische(n) Kräfte ernstnehmen, die sich beim Fahrer entwickeln oder verstärken und

uns gefährlich werden können. Sie wird also nicht dazu raten, unerfüllte Sehnsüchte oder unausgelebte Phantasien, die uns helfen, daß diese vom Auto ab- und auf Menschen (oder auch auf Gott) zurückgerichtet werden, wo sie hingehören“.

Ich hoffe, daß dazu die verkehrspolitischen Tagungen unserer Kirche einen wichtigen und christlich-spezifischen Beitrag leisten können.

**Ann.:** Pfarrer Dr. Heinrich Vokkert ist der Beauftragte für Umweltfragen der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Diesem Artikel liegt ein Vortrag zugrunde, der am 22.11.91 in der Evang. Akademie Mülheim aus Anlaß der Tagung **Umweltverantwortung – Kirche im Gespräch mit der CDU** gehalten wurde. Der Charakter des Vortrages wurde beibehalten, ebenso die provozierenden Thesen und Anmerkungen, die dem Einstieg in eine Diskussion dienen sollten.

## Kurz notiert

### Umstrittenes Amt

Der neue **Militärgeneraldekan Johannes Ottemeyer** tritt kein leichtes Erbe an. Noch nie war die Militärseelsorge in der protestantischen Kirche so umstritten wie jetzt in der gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zwar stellen auch immer mehr ostdeutsche Geistliche fest, daß Soldaten nicht nebenamtlich betreut werden können, und einige Kirchenkreise haben bereits die Übertragung des westdeutschen Modells auch für den Osten gefordert, doch nicht wenige Militärseelsorger geraten deshalb in ihren eigenen Pfarrkonventen in Schwierigkeiten.

Ottemeyer, der Nachfolger Gramms im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn, kann auf 32 Jahre Erfahrung mit der Militärseelsorge zurückblicken. Er ist kompromißbereiter als sein Vorgänger, tritt aber nicht weniger entschieden für gewisse Grundvoraussetzungen der Betreuung der Soldaten ein. Mit einem Besucherstatus läßt sich in der Kaserne seiner Auffassung nach keine sinnvolle Arbeit leisten. Die Soldaten müßten auch bei Manövern und Auslandseinsätzen begleitet werden können.

„Der Militärseelsorgevertrag darf nicht verändert werden, sondern muß erfüllt werden!“ fordert der bisherige Wehrbereichsdekan aus Düsseldorf und hält eine engere Anbindung des Kirchenamtes an die EKD für unsinnig.

(aus: FAZ, 14. 1. 92)

## Buchbesprechungen

**Horst F. Rupp: Fr. A. W. Diesterweg. Pädagogik und Politik (Persönlichkeit und Geschichte. Bd. 135/136.) Göttingen/Zürich: Muster-Schmidt 1989.**

Gedenktage sind ein Anstoß, sich der Bedeutung des Lebens und Werkes bedeutender Pädagogen zu vergewissern. Die hier anzuzeigende Biographie DIESTERWEGS erschien rechtzeitig zur Erinnerung an den 200. Geburtstag des großen Pädagogen, Schulreformers, Lehrerbildners und Bildungspolitikers DIESTERWEG am 29. 10. 1990. (Aus Anlaß des 200. Geburtstages werden – neben einer Ausstellung in Siegen – u. a. auch zwei DIESTERWEG-Kongresse in Ost-Berlin und in Siegen stattfinden und zwei Sammelbände mit Würdigungen seines Wirkens erscheinen: der Siegener Ausstellungs-Katalog und ein von RUPP und G. HOHENDORF herausgegebener Band im Deutschen Studienverlag.)

Der Verfasser der vorliegenden knappen Biographie, ausgewiesen durch eine gründliche Untersuchung von DIESTERWEGS Verhältnis zur christlichen Religion und ihrer Didaktik (Weinheim 1987), erweist sich auch als ein sehr guter Kenner der Person DIESTERWEGS und des Umfeldes, in dem er lebte und arbeitete. RUPP hat die Biographie in bewährter Weise chronologisch strukturiert: Kindheit und Jugend in Siegen; Studienjahre in Herborn, Heidelberg und Tübingen; Neuorientierungen in Mannheim und Worms; Lehrer (bzw. Konrektor) in Frankfurt/M., Elberfeld; Seminardirektor in Moers; Wechsel nach Berlin; Wirken, Amtsenthebung, Nachwirkung und Aktualität.

RUPP gelingt es, auf wenig mehr als 100 Druckseiten in einer den pädagogischen Laien ansprechenden und gut lesbaren, dabei aber nicht simplifizierenden Weise die Person DIESTERWEGS in ihren historischen Kontext einzubetten und die wesentlichen Probleme der preußischen Volksbildung im Vormärz, an denen DIESTERWEGS Engagement sich entzündete und für deren Lösung er vehement stritt, deutlich zu machen.

Naturgemäß steht der Autor seinem Gegenstand mit viel innerer Anteilnahme gegenüber, aber RUPP vermeidet es weitgehend, DIESTERWEG kritikklos und ohne Distanz darzustellen. Zum Beispiel verschweigt er nicht DIESTERWEGS „unschönes“ Verhalten gegenüber seinem Vorgesetzten an der Frankfurter Musterschule, WILHELM HEINRICH SEEL, dessen kosmologische Auffassungen DIESTERWEG 1817 in einer für SEEL demütigenden Weise widerlegte (S. 33ff.).

Diesen Frankfurter Widersacher DIESTERWEGS behandelt der Verfasser mit viel Verständnis. Den Gegnern DIESTERWEGS in Elberfeld und später in Berlin wird nicht so viel Nachsicht zuteil. RUPP macht die Gegnerschaft DIESTERWEGS gegen die Erweckungsbewegung und den Neopietismus in Elberfeld und Berlin sehr schön deutlich: Sie beruhte auf einer grundsätzlich anderen Anthropologie: Über den politischen und auch pädagogischen Konservatismus der erweckten und neopietistischen Christen besteht kein Zweifel. Wenn RUPP allerdings von einem füh-

renden Vertreter der Bewegung, dem preußischen König FRIEDRICH WILHELM IV., schreibt, sein Christentum sei „naiv-unreflektiert“ gewesen (S. 75), so ist dieses Urteil weder für die Person des Königs noch für die Erweckungsbewegung, die damit in gewisser Weise gleichzeitig charakterisiert wird, angemessen. Der Verfasser gibt hier eher seiner persönlichen Auffassung in etwas plakativer Weise Raum.

Auf knappem Raum sind Pointierungen und Einseitigkeiten unvermeidlich. Das gilt insbesondere für DIESTERWEGS Auffassungen über das Verhältnis von Pädagogik und Politik, Pädagogik und Theologie bzw. Kirchenlehre und Orthodoxie, von Aufklärung und Bevormundung, Emanzipation und Reaktion. DIESTERWEGS Auffassungen in ihren jeweiligen Akzentuierungen im Vormärz, i. Zusammenhang mit der 1848er Revolution, dem Kampf gegen die STIEHLSCHEN Regulative usw. bis zum Beginn der BISMARCK-Ära verdienen genauere Betrachtung. Analyse und Würdigung (wie sie den Beiträgen im Katalog der Siegener Ausstellung, den Kongreß-Dokumentationen und dem Sammelband von RUPP/HOHENDORF zu entnehmen sein wird).

RUPP lenkt mit seiner Kurzbiographie die Aufmerksamkeit auf einen großen liberalen Schulreformer, Lehrerbildner und Bildungspolitikern des 19. Jahrhunderts, dessen Denken und Wirken auch für unsere Gegenwart noch immer voller Anregungen sein kann.

Prof. Dr. Volkmar Wittmütz

**Gerhard Besier, Stephan Wolf: Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen = Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen) Band 1, Neukirchener Verlag, Neukirchen Vluyn 1991.**

Die umfangreiche Publikation bietet eine Fülle von Dokumenten zu einem historischen Tatbestand, der schon immer bekannt war, derzeit aber auf besonderes Interesse stößt: Die Stasi hat sich intensiv darum bemüht, die Kirchen in der DDR auszukundschaften und Einfluß auf ihre Entscheidungen zu nehmen. Die Quellendarbietung einschlägiger Berichte, Analysen, Konzeptionen wirkt manchmal etwas unausgeglichener. Sie ist aber trotzdem verfeinernd, weil sie im Detail konkretes Anschauungsmaterial liefert, wie der Geheimdienst den Bereich der Kirchen „bearbeitete“.

#### Auf der Stasiwoege reiten anstatt sie zu brechen

Demgegenüber fällt die Deutung des Geschehens in dem interpretatorischen Beiwerk des Bandes schwach aus. Viel zu wenig bringen die Herausgeber in Anschlag, daß zwischen den Absichten und den Plänen des Staates und deren Verwirklichung ein tiefer Graben gezogen war. Das MfS ist nicht nur am Ende unwiderruflich gescheitert, sondern mußte bereits während der DDR-Jahrzehnte dauernd Niederlagen hinnehmen bzw. sich mit Teilerfolgen zufrieden geben. Die Kirche hat sich als Ganzes niemals in den Griff des Staates nehmen lassen. Aus diesem Grunde blieben Freiräume geöffnet, die maßgeblich für die Herbeiführung der Wende 1989 wurden.

Eine weitere Schwäche der Publikation besteht darin, daß die Herausgeber große Schwierigkeiten an den Tag legen, dialektische Zusammenhänge zu erkennen und zu begreifen. Probst Heino Falcke hat in einem Interview anlässlich der Buchveröffentlichung darauf hingewiesen, daß in der Kirche zwei unterschiedliche, ja widersprüchliche Strategien darauf zielten, dem DDR-Staat mehr Freiheiten und Rechte für die Menschen abzunötigen. Die Friedens-, Ökologie- und Men-

schenrechtsgruppen, die im Freiraum der Kirche wirkten, setzten auf öffentliche Aufdeckung der gesellschaftlichen Widersprüche und scheuten dabei vor Konflikten mit der Staatsmacht nicht zurück. Sie fanden dabei Unterstützung vor allem in einem Teil der Pfarrerschaft und der kirchlichen Mitarbeiter.

Die Strategie der Kirchenleitungen, die in weitem Umfang auch von der Basis der Kirchengemeinden, der „schweigenden Mehrheit“, getragen wurde, strebte im Gegensatz dazu schrittweise Reformen an, wie sie in der Entspannungsphase zwischen Ost und West ohne Gesichtverlust des Staates möglich zu werden schienen. Die damit verbundene Bereitschaft zu verantwortbaren Kompromissen mit dem Staat, wie sie auch in der Kirchenbunds-konzeption der „Kirche im Sozialismus“ zum Ausdruck kam, deckte die scheinbare Kompromißlosigkeit der „Gruppen“ mit ab, ohne daß von deren Seite Dank zu erwarten war.

Objektiv gesehen hat das spannungsvolle Miteinander beider Strategien zum Ende der DDR beigetragen. Die Herausgeber hingegen nehmen entgegen der historischen Erkenntnis einseitig Partei für die Konfliktstrategie der Gruppen. Aus diesem Grunde können sie der „Amtskirche“ nicht gerecht werden. Ihre schiefe Optik verleitet sie sogar dazu, den unzweifelbaren Beitrag der Kirchen zur Wende zu einem „Mythos“ zu verflüchtigen. Damit schaden sie dem wissenschaftlichen Anspruch ihrer Publikation. Wahrscheinlich ohne es zu wollen, stellen sie sich in eine Reihe mit dem gegenwärtig wuchernden Abwertungsjournalismus, mit dessen Hilfe den eingeborenen Ostdeutschen klargemacht werden soll, daß sie im vereinten Deutschland keinen Anspruch auf Mitsprache haben.

Selbstverständlich birgt eine Gratwanderung, wie sie die evangelische Kirche in der DDR zwischen Anpassung und Widerstand unternommen hat, die Gefahr in sich, nach der einen oder anderen Seite abzuleiten. Daraus ergab sich in den vergangenen Jahrzehnten mannigfaltige individuelle Schuld, die es heute abzarbeiten gilt. Diese Schuld ist freilich nicht nur bei den Kirchenverantwortlichen zu

## Interview

mit Prof. Dr. Gerhard Besier (Auszüge)

**Das am 12. Dezember im Neukirchener Verlag (Neukirchen-Vluyn) erschienene Buch ist seit Tagen vergriffen. Eine zweite überarbeitete und erweiterte Auflage soll Mitte Februar erscheinen. Kein Buch hat in den letzten Jahren für so viel Aufregung gesorgt, berichtet es doch über den Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS „Stasi“) auf die evangelischen Landeskirchen.**

suchen, sondern auch in allen anderen Bereichen der Kirche einschließlich der sogenannten Basisgruppen.

Soweit sich individuelle Schuld aus inoffizieller Mitarbeit mit dem MfS ergab, wollen Besier und Wolf Sachbeiträge zur Aufklärung leisten. Deshalb nennen sie auch Namen. Leider werden sie an diesem heiklen Punkt ihrer wissenschaftlichen Verpflichtung am wenigsten gerecht. In einem oberflächlich gearbeiteten Personenregister wird das Kainsmal „IM“ verteilt, ohne daß ein Verdacht belegt oder auch nur beschrieben wird. Schon gar nicht stellen sich die Herausgeber dem Problem, daß vor allem im kirchlichen Bereich anzutreffen ist, inwieweit die erfolgsorientierten Aussagen der Stasiakten und deren heutige zweckbestimmte Interpretation mit der Wirklichkeit übereinstimmen, wie sie die Betroffenen selbst erfahren haben. Stattdessen wenden sie sich beziehungsweise dagegen, die Aussagekraft der MfS-Akten zu „diskreditieren“.

Ganz sicher hat bei der Erarbeitung des Buches der Verlag weitgehend versagt. Er hat es um des schnellen Geschäftes wegen während der Erarbeitungsphase versäumt, die Herausgeber auf die selbst für Laien bemerkbaren methodischen und interpretatorischen Mängel hinzuweisen, die jetzt den Wert der Veröffentlichung stark einschränken. Aber er hatte wohl ohnehin eine Publikation im Sinne, die eher geeignet ist, auf der gegenwärtigen Stasiwoege zu reiten, als sie zu brechen.

**Dr. Gottfried Müller  
Landtagspräsident Thüringen**

**Frage:** Herr Professor, warum haben Sie das Stasi-Buch herausgebracht? Der rheinische Präses, Peter Beier, hat im Blick auf Ihr Buch und seine Kommentatoren erklärt, wer im Westen die Freiheit genossen habe, sollte jetzt besser den Mund halten.

**Besier:** Ich bin als Kirchenhistoriker von Christen in der DDR – Pfarrern und anderen Gemeindegliedern – gleich nach der Wende gebeten worden, das was sie in der Leipziger Stasi-Zentrale über die Zusammenarbeit von Kirche und Stasi gefunden hatten, zu veröffentlichen. Auch erhielt ich zahlreiche Dokumente und Anschriften von diesen Christen, um einmal grundlegend die Dinge aufzuarbeiten. Im übrigen wird bei der ganzen Debatte um das Buch unterschlagen, daß der Mitherausgeber ein Theologe aus Sachsen ist, Stefan Wolf, der gegenwärtig in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten, Joachim Gauck (Berlin), tätig ist. So haben also ein Ost- und ein Westdeutscher hier zusammengearbeitet. Außerdem wirkten an dem Buch eine ganze Reihe von ostdeutschen Pfarrern und Synodalen mit. Wir haben sie jedoch weithin nicht namentlich genannt, weil sie größtenteils schlicht Angst haben – auch vor Repressionen in der Kirche.

**Frage:** Hätten Sie nicht aber wenigstens mit den Kirchenleitungen in der ehemaligen DDR zusammenarbeiten müssen?

**Besier:** Genau das haben wir auch tun wollen. Der Mitherausgeber Stephan Wolf hat beispielsweise zu Beginn des Buchprojektes zwei Briefe an seinen Landesbischof, Johannes Hempel, geschrieben, die bis heute unbeantwortet geblieben sind. In den Briefen stand, daß er um eine Zusammenarbeit bitte. Hier hätte also die sächsische Landeskirche lange vor Erscheinen des Buches die Möglichkeit

gehabt, mit uns zusammen zu wirken. Auch andere, Pfarrer und Synodale, haben Bischof Hempel Dokumente geschickt und ihn inständig gebeten, er möge Stellung beziehen. Leider ist nichts geschehen. Mein Kollege Prof. Martin Onnasch, Kirchenhistoriker in Naumburg an der Saale, der an einer Dokumentation über SED und Kirche arbeitet, hat bis heute nicht die Erlaubnis erhalten, die Aktenbestände des Mitte letzten Jahres aufgelösten Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR einsehen zu dürfen. Das Problem einer Zusammenarbeit liegt also nicht bei den Historikern, sondern bei den außerordentlich zurückhaltenden Kirchenleitungen...

**Frage:** Von den Kritikern Ihres Buches heißt es, daß die Stasi-Akten insofern nicht glaubwürdig gewesen seien, als die Stasi-Leute mehr oder weniger gezwungen waren, Erfolgsberichte zu verfassen. Wenn also in Berichten über Gespräche steht, daß sich ein Bischof positiv über staatliche Aktionen geäußert habe, dann seien das geschönte Berichte, um Vorgesetzten gegenüber zu zeigen, daß man das kirchliche Gegenüber habe überzeugen können.

**Besier:** Das ist zumindest generell nicht so gewesen. Für die Stasi-Mitarbeiter gab es zahlreiche Kontrollinstanzen, so daß kaum die Möglichkeit bestand, Berichte zu schönen. Wenn jemand in Berichten über Gespräche mit Kirchenleuten übertrieb, erhielten die MFS-Mitarbeiter drakonische Strafen.

**Frage:** Sie drucken ja Dokumente ab, aus denen von einigen Kirchenleuten hervorgeht, daß sie sich positiv zum DDR-System und teilweise auch negativ gegenüber regimekritischen Bischofskollegen geäußert haben sollen. Kann man demnach davon ausgehen, daß das auch tatsächlich so passiert ist?

**Besier:** Davon kann man in der Tat ausgehen. Ein Beweis sind zum Beispiel Parallelüberlieferungen, also die Tatsache, daß solche Sachverhalte auch von anderer Seite unabhängig genauso wiedergegeben worden sind. Grundsätzlich ist die Glaubwürdigkeit der Stasi-Akten in hohem Maße gesichert, wobei man natürlich immer den Blickwinkel in Rechnung stellen muß. Das heißt, diese Akten

wurden nicht von Christen, sondern von regimetreuen SED-Mitgliedern geführt...

**Frage:** Was sollten denn nun die Kirchen im Blick auf ihre Mitarbeiter tun? Die Regelungen im Blick auf die Stasimitarbeit sind ja je nach Landeskirche sehr unterschiedlich. So gibt es in Berlin-Brandenburg die Forderung, sich freiwillig zu melden, und in Thüringen lassen sich Kirchenleitung und Landesynode generell überprüfen.

**Besier:** Es hilft leider nur eine rückhaltlose Offenlegung, und zwar so schnell wie möglich, sonst wird die Stasi-Problematik die Kirchen über Jahre im Bann halten, weil durch die Akteneinsicht, die Hunderttausende in den nächsten Jahren vornehmen werden, natürlich ständig irgendwelche Spitzeltätigkeiten kirchlicher Mitarbeiter bekannt werden. Da ist ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende. Und hier halte ich das, was die Synoden bisher beschlossen haben, durchaus nicht mehr für ausreichend. Die Kirchen haben in unserer demokratischen Gesellschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechtes einen außerordentlich privilegierten Status. Wenn im öffentlichen Dienst beispielsweise jeder Lehrer und Jurist überprüft wird, so ist es nicht mehr als recht, wenn dies auch für die Pfarrer automatisch und generell geschieht...

**Frage:** Was soll denn nun mit den Leuten passieren, die bekennen, Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein?

**Besier:** Ein Pfarrer oder Kirchenjurist usw., der mit der Stasi zusammengearbeitet hat, das heißt also, Berichte über seine Kollegen, über Gemeindemitglieder usw. gefertigt hat, darf sicher nicht länger im Dienst bleiben. Im übrigen: Jeder wußte, was die Stasi für ein verbrecherisches Unternehmen war. Wer sich mit ihr einließ, wußte, mit wem er zusammengearbeitete. Die Kirche sollte aber alles tun, um diesen Pfarrern durch Umschulung usw. einen Weg zu ermöglichen, daß sie nicht „ins Nichts“ fallen. Aber die Vergebung, die ihnen natürlich zugesprochen werden sollte, kann nicht bedeuten, daß sie nun etwa an einem anderen Ort Pfarrer werden könnten...

(aus idea spektrum 4/92)

## Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

*In einer in Hannover veröffentlichten Erklärung bezeichnet die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrechtsregime als zwar schmerzhaft, aber notwendig. Kontakte der Kirchen mit der Stasi seien immer „riskante Grenzgänge“ gewesen. Wer durch Stasi-Mitarbeit an anderen schuldig geworden sei, sollte dies bekennen und Konsequenzen für die berufliche Zukunft tragen. Auch der Berliner Bischof Kruse forderte alle Kirchenmitarbeiter auf, Verstrickungen mit der DDR-Staatssicherheit offenzulegen.*

**Die Erklärung der EKD mit dem Titel „Kirche – Gesellschaft – Staatssicherheit“ hat folgenden Wortlaut:**

*I. Die Kirche kann sich nicht aussuchen, in welchem politischen System sie leben will. Sie hat den Auftrag, überall Gottes Gebet und Verheißung in Wort und Tat zu bezeugen.*

*In den vergangenen vierzig Jahren haben die Kirchen in Ost und West für den Abbau des friedensgefährdenden Ost-West-Konfliktes gewirkt und sich darin gegenseitig unterstützt.*

*Die Kirchen in der ehemaligen DDR taten dies unter außerordentlich schwierigen Bedingungen.*

*Nachdem das Staatssystem im Osten Deutschlands zusammengebrochen ist, gilt es, nüchtern und sorgfältig zu überprüfen, wie die evangelischen Kirchen in beiden Teilen Deutschlands ihren Aufgaben gerecht geworden sind. Deshalb sind die gegenwärtigen Auseinandersetzungen, so schmerzhaft sie für den einzelnen und die Kirche insgesamt sein mögen, nötig.*

*Der Weg der Kirchen zwischen Widerspruch und Anpassung war und ist umstritten, auch innerkirchlich.*

*Wer in einer Diktatur um der Menschen willen „der Stadt Bestes sucht“ (Jeremia 29), gerät ins Zwielicht und setzt sich dem Vorwurf aus, dieses Staatswesen zu stabilisieren.*

*Die christliche Kirche weiß, daß sie aus fehlbaren Menschen besteht, die des nüchternen Urteils und der Vergebung bedürfen. Das darf aber nicht dafür blind machen, daß ungezählte Christen in dieser Zeit ihren Glauben erkennbar gelebt und vielen Menschen geholfen haben.*

*Gegenwärtig ist es besonders wichtig, daß die Erinnerungslandschaft nicht vernebelt wird. Das Urteil, welche Haltungen sachgemäß waren und welche nicht, braucht zuerst die genaue Erinnerung.*

*II. Seit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft wird nun*

*nach und nach das Ausmaß der Tätigkeit des MfS öffentlich bekannt. Zutage kommt, was wir teils gewußt, teils geahnt, aber auch vieles, mit dem wir nicht gerechnet haben.*

*Die Aktivitäten des MfS haben sich so intensiv auf die Kirchen gerichtet, weil sie den einzigen gesellschaftlichen Bereich darstellten, den die Partei nicht unmittelbar kontrollieren konnte.*

*Gespräche von Kirchenvertretern mit Staatsvertretern waren notwendig, dagegen waren Gespräche mit dem MfS nichts Normales. Für die Beurteilungen solcher Gespräche ist nach wie vor entscheidend, ob sie einen Vertrauensbruch darstellen. Dies ist eindeutig der Fall, wenn jemand auf der Grundlage einer Selbstverpflichtung die vom MfS gewünschten Informationen liefert und Aufträge ausgeführt hat. Solcher Vertrauensbruch kann nicht folgenlos hingenommen werden.*

*Dagegen können Gespräche mit dem MfS auf der Grundlage innerkirchlicher Verabredungen nicht als Vertrauensbruch betrachtet werden. Solche Gespräche waren allerdings immer riskante Grenzgänge mit der ständigen Gefahr der Grenzüberschreitung.*

*Zu betrachten bleibt, daß die Akten des MfS aus den Interessen und Erwartungen des MfS heraus geschrieben worden sind. Insofern sind sie nur Dokumente der einen Seite.*

*Die Kirchen in den neuen Bundesländern haben mit Überprüfungen ihrer Mitarbeiter begonnen. Es sind auch bereits Konsequenzen gezogen worden. Aber der größere Teil der Aufarbeitung liegt noch vor uns. Sie muß in Ost und West geleistet werden, denn auch in den Kirchen der alten Bundesländer muß mit Stasi-Mitarbeitern gerechnet werden.*

III. Weder die Kirche noch die Gesellschaft in der ehemaligen DDR verdienen pauschale Verdächtigung und Abwertung. Die Menschen mußten ihr Leben unter Zwängen in unsicheren Freiräumen gestalten. Häufiger als Widerstand und Verweigerung waren dabei Anpassung und Kompromißbereitschaft. Die bei Kompromissen unerläßliche Zurückstellung wichtiger Belange konnte unausweichlich in Schuld führen.

Im Rückblick und vom Standpunkt Außenstehender kann es allzu leicht zu ungerechten Urteilen kommen. Deshalb müssen die damaligen Verhältnisse und Einsichten bedacht werden. Nachträglich lassen sich freilich falsche Wege und versäumte Chancen deutlicher erkennen. Wer durch Stasi-Mitarbeit an anderen schuldig geworden ist, muß die Konsequenzen, vor allem für seine berufliche Zukunft, tragen, die angesichts seines Mangels an Vertrauenswürdigkeit geboten sind.

Mißtrauen, Feindschaft und Verbitterung dürfen aber nicht das öffentliche Klima beherrschen und die Menschen auf Dauer voneinander trennen. Versöhnung kann und muß sie wieder zusammenführen. Sie setzt aber bei den schuldig Gewordenen die Offenlegung ihres Verhaltens und das Eingeständnis ihrer Schuld voraus. Die Geschädigten sollten zur Versöhnung bereit sein und sich nicht übermäßigem verständlichen Zorn überlassen.

Mit der seit kurzem möglichen Einsicht in die Stasi-Akten kommen auf viele Menschen große seelische Belastungen zu. Es wird aber auch die Klärung von Schuld und Verstrickung gefördert. Diese kann nur durch nüchterne Feststellung und faire Bewertung der Tatsachen und Umstände erreicht werden. Vor ungesicherten Verdächtigungen ist deshalb ebenso zu warnen wie vor einer kritiklosen Übernahme von Darstellungen und Wertungen des MfS. Neben dieser einseitigen Sicht muß stets diejenige anderer, auch die des Beschuldigten, zur Geltung kommen.

Die notwendige Aufarbeitung dieser Zeit darf das Unheil nicht verschlimmern. Sie muß der Heilung dienen.



### 1992 ist das Jahr mit der Bibel

„Mehr als ein Buch“ - unter diesem Motto steht das Jahr mit der Bibel 1992. Vor zwei Jahren beschlossen alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zusammengeschlossen sind, und viele christliche Werke und Verbände, sich an einem Jahr mit der Bibel zu beteiligen. Seitdem ist viel geschehen: Eine Geschäftsstelle wurde in Stuttgart eingerichtet, Leitungskreis und Vorstand haben beraten und Beschlüsse gefaßt, Projektgruppen haben gearbeitet und Ergebnisse vorgelegt.

#### Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister:

Besonders beeindruckt und geprägt hat mich: „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte die Liebe nicht, so wäre ich ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle“ (1. Korinther-Brief, Kapitel 13, Vers 1). Diese Bibelstelle sagt ohne Schnörkel: Ohne Liebe, ohne Liebe zum Nächsten, wäre unsere Gesellschaft grau und leer. Daß wir von Gott geliebt werden, ist die Grundlage der Menschenwürde und die Verpflichtung zum christlichen Engagement für die Menschenrechte. Wir müssen immer wieder eintreten für die Würde jedes einzelnen Menschen, ob reich oder arm, Mann oder Frau, schwarz oder weiß.

#### Wolfgang Schäuble

Einen Lieblingsvers in der Bibel habe ich nicht, ich bin mir aber auch nicht sicher, ob dies der Bedeutung dieses Buches als Wort Gottes gerecht würde. Doch nach den Ereignissen im Herbst '90 ist für mich der Vers 5 des 139. Psalms von besonderer Bedeutung: „Von allen Seiten umgibst du mich und hältst deine Hand über mir.“ Ich fand ihn damals in anderer Form in einem Brief wieder, der mir sehr half und in dem es u.a. hieß, es sei so sinnlos, was mir angetan worden sei, „und doch dürfen Sie sich an der Hand Gottes wissen, aus dessen Hand uns niemand reißen kann“.

(aus: Das Magazin zum Buch)

## Aus unserer Arbeit

### Ministerin fordert Fairneß

**Hermannsburg.** Die CDU sollte sich künftig nach Meinung des niedersächsischen Landesvorsitzenden **Josef Stock** wieder mehr des christlichen Gedankenguts annehmen und mit Grundsätzlichem befassen. Die große Zahl politisch engagierter Christen in den neuen Ländern sollte Sorge dafür, daß „wir uns wieder mehr um das 'C' der Partei kümmern müssen“, sagte Stock am Wochenende auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises seiner Partei und der Hermann-Ehlers-Akademie in der lutherischen Heimvolkshochschule Hermannsburg.

Die thüringische Kultusministerin und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende **Christine Lieberknecht** verlangte,

die Partei möge sich auf ihre christlichen Wurzeln besinnen und nicht durch Oberflächlichkeit ihre Konturen verwischen. Die Ministerin forderte für das Zusammenfinden der Deutschen in Ost und West Fairneß gegenüber der Lebensart und der Lebensleistung des jeweils anderen. Dazu gehörten auch Mut und Bereitschaft, sich auf eine gemeinsame Zukunft einzulassen. Als schwere Hypothek für das Zusammenwachsen Deutschlands wertete der geistliche Vizepräsident des Evangelischen Landeskirchenamtes, **Günter Linnenbrink**, die nach Öffnung des Stasi-Archives einsetzende neue Teilung der Menschen in Opfer und Täter: „Es droht eine allgegenwärtige Vergiftung der Lebensverhältnisse“, sagte Linnenbrink.



von links: Günter Linnenbrink, Christine Lieberknecht, Gustav Isernhagen, Josef Stock

### Gottfried Mehnert mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet

Dr. Gottfried Mehnert aus Marburg ist in Würdigung seiner Verdienste um das allgemeine Wohl von Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Marianne Tidick, überreichte die Auszeichnung am 28. November 1991.

1974 wurde Dr. Mehnert in den Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt und war hier bis 1988 Beisitzer.

### Vorsitz für Martin

**Bad Neuenahr. Albrecht Martin** ist zum Vorsitzenden des Ständigen Öffentlichkeitsausschusses der rheinischen Landeskirche gewählt worden. Der frühere Minister, Mainzer Landtagspräsident und langjährige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU trat die Nachfolge von Dr. Barthold C. Witte (FDP) an. Der Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt gab das Kirchenamt wegen Eintritts in den Ruhestand ab.

Martin wurde von der Landessynode in Bad Neuenahr ein Jahr zum Ausschuß-Vorsitzenden gewählt. Auf der Synode 1993 werden alle Mitglieder dieses Ausschusses neu gewählt.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, MdB ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK c

## Aus dem Inhalt:

Die Herausforderung der Freiheit – katholische Kirche und Erneuerung Europas	1
Protestanten, Bürokraten und Europa	4
Europa – eine christdemokratische Vision	6
Von der Bahn auf's Schiff – Zur Verkehrspolitik der 90er Jahre	8
Sozialethische Überlegungen zur Verkehrssituation	9
Buchbesprechung	12
Erklärung der EKD	14
Aus unserer Arbeit	15

## Unsere Autoren:

Dr. Hans Langendörfer SJ  
Prinz-Albert-Str. 21  
5300 Bonn 1

Oberkirchenrat  
Hans-Joachim Kiderlen  
Boulevard Charlemagne 28  
B-1040 Brüssel

Peter Kittelmann MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Dirk Fischer MdB  
Büncleshaus  
5300 Bonn 1

Pfarrer Dr. Heinrich Yokkert  
Hagemannstr. 4  
43150 Recklinghausen

100% Altpapier  
chlorfrei hergestellt

## „18. Bonner Theologisches Gespräch“ Prof. Dr. Hans Küng, Tübingen „Kein Weltfrieden ohne Religionsfrieden“

Montag, 17. Februar 1992, 19,00 Uhr  
Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1

Anmeldungen: EAK der CDU/CSU,  
Konrad-Adenauer-Haus, Bonn 1, Tel.: 0228/544-305

## Einladung

EAK-Bonn EAK-Rhein-Sieg  
AK Rechts- und Innenpolitik der CDU-Bonn

## „Perspektiven der Ausländer- und Asylpolitik Theologen und Politiker im Gespräch“

Montag, 24. Februar 1992, 19-21 Uhr  
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

### Gesprächsteilnehmer:

Frauz Dormann, CDA; Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil, Düsseldorf, Prof. Dr. Martin Honecker, Bonn, Editha Limbach, MdB, Bonn, Heinz Paus, MdL, Detmold

Anmeldung und Information unter: 544-305

## Einladung

## 16. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden „Religiöse Erziehung in säkularer Welt“

Referentin: **Christine Lieberknecht, MdL**  
Kultusministerin, Erfurt

Montag, 27.4.1992, 19.30 Uhr  
Heinz-Schumann-Haus, Heilbronner Str. 30,  
7500 Karlsruhe-Rintheim, Leitung: Günther Leis

### Hinweis für unsere Leser!

Aus Gründen des Datenschutzes ist die Post nur dann berechtigt, Adressenänderungen von Zeitschriftenbeziehern zwecks Berichtigung an den Verlag weiterzugeben, wenn der Bezieher damit einverstanden ist.

Um im Falle von Adressenänderungen Verzögerungen bei der Bearbeitung zu vermeiden, erbiten wir Ihr Einverständnis.

Das Einverständnis gilt bei bestehenden Abonnements als erteilt, wenn Sie nicht innerhalb von vier Wochen mitteilen, daß Sie Ihr Einverständnis zur Weitergabe einer eventuellen Adressenänderung nicht geben möchten.

Besten Dank  
Verlag und Redaktion